

BUNDESRAT

Stenographischer Bericht

683. Sitzung

Bonn, Freitag, den 28. April 1995

Inhalt:

Amtliche Mitteilungen	185 A	Oskar Lafontaine (Saarland)	200 A
Zur Tagesordnung	185 B	Rudolf Geil (Mecklenburg-Vorpommern)	203* A
1. Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1995 (Haushaltsgesetz 1995) – gemäß Artikel 77 Abs. 2 GG – (Drucksache 190/95)	185 B	Peter Radunski (Berlin)	203* C
Dr. Theodor Waigel, Bundesminister der Finanzen	186 B, 199 A	Beschluß: Anrufung des Vermittlungsausschusses	201 C
Klaus Wedemeier (Bremen)	189 C	2. Geschäftsordnung für den Vermittlungsausschuß (Drucksache 229/95)	201 C
Dr. Edmund Stoiber (Bayern)	194 B	Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 77 Abs. 2 Satz 2 GG	201 C
Heinz Schleußer (Nordrhein-Westfalen)	196 B	Nächste Sitzung	201 D
Gerhard Mayer-Vorfelder (Baden-Württemberg)	197 C	Feststellung gemäß § 34 GO BR	201 B/D

Verzeichnis der Anwesenden

Vorsitz:

Präsident Dr. h. c. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

Vizepräsident Dr. Manfred Stolpe, Ministerpräsident des Landes Brandenburg
- zeitweise -

Schriftführer:

Dr. Rolf Krumsiek (Nordrhein-Westfalen)

Baden-Württemberg:

Gerhard Mayer-Vorfelder, Finanzminister

Gustav Wabro, Staatssekretär, Bevollmächtigter des Landes Baden-Württemberg beim Bund

Bayern:

Dr. Edmund Stoiber, Ministerpräsident

Prof. Ursula Männle, Staatsministerin für Bundesangelegenheiten, Bevollmächtigte des Freistaates Bayern beim Bund

Alfred Sauter, Staatssekretär im Staatsministerium des Innern

Berlin:

Dr. Christine Bergmann, Bürgermeisterin und Senatorin für Arbeit und Frauen

Peter Radunski, Senator für Bundes- und Europaangelegenheiten, Bevollmächtigter des Landes Berlin beim Bund

Brandenburg:

Dr. Manfred Stolpe, Ministerpräsident

Bremen:

Klaus Wedemeier, Präsident des Senats, Bürgermeister, Senator für kirchliche Angelegenheiten

Hamburg:

Dr. Henning Voscherau, Präsident des Senats, Erster Bürgermeister

Hessen:

Hans Eichel, Ministerpräsident

Mecklenburg-Vorpommern:

Dr. Berndt Seite, Ministerpräsident

Rudolf Geil, Innenminister

Niedersachsen:

Willi Waike, Minister, Leiter der Staatskanzlei

Nordrhein-Westfalen:

Heinz Schleußer, Finanzminister

Dr. Rolf Krumsiek, Justizminister

Rheinland-Pfalz:

Gernot Mittler, Minister der Finanzen

Saarland:

Oskar Lafontaine, Ministerpräsident

Sachsen:

Dr. Günter Ermisch, Staatssekretär, Bevollmächtigter des Freistaates Sachsen für Bundes- und Europaangelegenheiten beim Bund

Sachsen-Anhalt:

Wolfgang Schaefer, Minister der Finanzen

Karin Schubert, Ministerin der Justiz

Schleswig-Holstein:

Gerd Walter, Minister für Bundes- und Europa-angelegenheiten, Bevollmächtigter des Landes Schleswig-Holstein beim Bund

Thüringen:

Christine Lieberknecht, Ministerin für Bundesangelegenheiten in der Staatskanzlei und Bevollmächtigte des Freistaates Thüringen beim Bund

Von der Bundesregierung:

Dr. Theodor Waigel, Bundesminister der Finanzen

Anton Pfeifer, Staatsminister beim Bundeskanzler

Prof. Dr. Kurt Faltlhauser, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen

Dr. Norbert Lammert, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft

Rudolf Kraus, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung

(A)

(C)

683. Sitzung

Bonn, den 28. April 1995

Beginn: 8.30 Uhr

Präsident Dr. h. c. Johannes Rau: Meine Damen und Herren, ich eröffne die 683. Sitzung des Bundesrates.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, habe ich gemäß § 23 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung **Veränderungen in der Mitgliedschaft** bekanntzugeben.

(B) Aus der Regierung des Landes **Hessen** und damit aus dem Bundesrat sind am 5. April 1995 die Herren Staatsminister Ernst Welteke und Jörg Jordan sowie Frau Staatsministerin Professor Dr. Evelies Mayer und Frau Staatsministerin Ilse Stiewitt ausgeschieden.

Die Hessische Landesregierung hat am 25. April 1995 Herrn Ministerpräsidenten Hans Eichel, Herrn Staatsminister Rupert von Plottnitz, Herrn Staatsminister Gerhard Bökel und Frau Staatsministerin Barbara Stolterfoht zu Mitgliedern und die übrigen Regierungsmitglieder zu stellvertretenden Mitgliedern des Bundesrates bestellt.

Ich danke den ausgeschiedenen Mitgliedern für ihre Arbeit in den Ausschüssen des Bundesrates und hier im Plenum. Ich möchte Frau Staatsministerin Stiewitt besonders für ihre Arbeit als Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit und Sozialpolitik danken. Den neuen Mitgliedern wünsche ich mit uns allen hier im Hause eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Jetzt wende ich mich der **Tagesordnung** zu. Sie liegt Ihnen in vorläufiger Form mit zwei Punkten vor.

Gibt es Wortmeldungen zur Tagesordnung? – Das ist nicht der Fall. Dann ist sie so **festgestellt**.

Ich rufe **Punkt 1** auf:

Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1995 (**Haushaltsgesetz 1995**) (Drucksache 190/95)

Als erster hat das Wort Herr Bundesminister Waigel, der aber nicht anwesend ist. Ich habe in der Vorbesprechung schon einmal den Satz zitiert: Im Kriege ist körperliche Abwesenheit besser als Geistesgegenwart.

(Heiterkeit)

Was wir jetzt machen sollen, weiß ich nicht. Dann müssen wir mit Herrn Bürgermeister Wedemeier anfangen. – Er möchte aber erst nach Herrn Waigel sprechen.

(Klaus Wedemeier [Bremen]: Herr Präsident, ich beantrage, die Sitzung zu unterbrechen und die Bundesregierung zu bitten, umgehend zu erscheinen!)

(D)

Ich nehme an, daß für Herrn Bundesminister Waigel der Gesangbuchvers gilt: „Macht eure Lampen fertig, und seid stets gegenwärtig. Er ist schon auf der Bahn.“

(Heiterkeit)

Aber wir wissen nicht, wann er hier sein wird.

Ich darf zwischenzeitlich sagen: Ich habe mit Herrn Kollegen Stolpe eine Übereinkunft getroffen. Er ist so freundlich, mich gleich zu vertreten; denn ich muß noch mit dem polnischen Außenminister sprechen, bevor er seine Rede hält, und habe auch noch andere Dinge zu erledigen.

Der Bundesminister ist verlorengegangen. Er wird gerade gesucht, ist aber noch nicht gefunden worden. Nun könnte ich die Zeit überbrücken, indem ich die eine oder andere Geschichte erzähle.

(Heiterkeit)

Zum Beispiel bei uns in Nordrhein-Westfalen ist am 14. Mai Muttertag.

(Erneute Heiterkeit)

Die Frage ist: Machen wir daraus einen „Landesvatertag“? Mal sehen, ob das geht!

Gibt es irgendwelche Nachrichten?

(Zuruf: Ja, er ist schon hier! – Bundesminister Dr. Waigel betritt den Saal.)

Präsident Dr. h. c. Johannes Rau

- (A) – Herr Bundesminister, ich habe nicht nur die Sitzung eröffnet, sondern ich habe Sie auch schon mit einem Gesangbuchvers begrüßt. Er steht wirklich im Gesangbuch, allerdings nur in unserem.

(Heiterkeit)

Er lautet: „Macht eure Lampen fertig, und seid stets gegenwärtig. Er ist schon auf der Bahn.“

(Heiterkeit)

Nun sind Sie hier, und Sie können nicht nur die Gelegenheit, sondern auch das Wort ergreifen.

Dr. Theodor Walgel, Bundesminister der Finanzen: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich für die Freundlichkeit und für die Güte, Herr Präsident, mit der Sie mein Säumnis hier aufgenommen haben. Ich weiß nicht, ob ich im Bundestag auf die gleiche Toleranz rechnen könnte; aber bei Ihnen als einem bibelfesten Präsidenten bin ich davon ausgegangen, daß Sie es nicht nach dem Alten Testament, sondern nach dem Neuen Testament handhaben. Was nun die Lampen anbelangt: Sie sind teilweise immer noch mit Öl gefüllt. Es geht mir also nicht wie den Jungfrauen, die es versäumt haben, die Lampen rechtzeitig mit Öl zu füllen.

Präsident Dr. h. c. Rau: Es waren aber nur 10; wir sind 16!

(Heiterkeit)

- (B) **Dr. Theodor Walgel**, Bundesminister der Finanzen: Aber erst neuerdings!

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bitte nochmals um Entschuldigung. Sie wissen, wir waren kurz beisammen, um auch über den weiteren Fortgang der Steuerpolitik zu sprechen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Manfred Stolpe)

Der Bundesrat ist eigentlich nicht der Ort, parteipolitische Diskussionen zu führen. Es geht vielmehr um den Interessenausgleich zwischen Bund und Ländern. Die gesamtstaatliche Verantwortung sollte im Mittelpunkt stehen, nicht für die Medien bestimmte Nachhutgefechte der Debatten im Deutschen Bundestag.

Deshalb ist es notwendig, über einen **angemessenen Ausgleich unterschiedlicher Interessen** in unserem föderalen Staatswesen zu diskutieren und unvoreingenommen nach Kompromissen zu suchen. Es wäre für den Bundesrat kein guter Tag, wenn sachlich und zielorientiert geführte Diskussionen zu einem parteitaktischen Fingerhakeln umfunktioniert würden.

Einige SPD-Vertreter aus dem Bundestag, aber auch einige SPD-Ländervertreter haben hier anderes verlautbaren lassen. Es wird von „Blockade“, von „den Bund einmal vorführen“ und ähnlichem geredet, ohne zu bedenken: Dies beschädigt auch das **Ansehen des Bundesrates** als unabhängige Institution.

Der Finanzausschuß des Bundesrates hat jetzt mit SPD-Mehrheit beschlossen, sich der Diskussion über das Jahressteuergesetz zunächst zu verweigern. Dadurch wird eigentlich das rechtzeitige Inkrafttreten des Jahressteuergesetzes 1996 gefährdet. (C)

In dem für das heutige Plenum vorgelegten **Antrag** des Landes Brandenburg und anderer Länder wird eine erhebliche Ausweitung der Ausgaben – ohne entsprechende Deckung – vorgeschlagen. Nach dem Beschluß des Finanzausschusses des Bundesrates „verbergen“ sich hier **Mehrausgaben in Höhe von mindestens 10 Milliarden DM**. Selbst wenn man die unzureichenden und unrealistischen Finanzierungsvorschläge in Höhe von 3 Milliarden DM berücksichtigt, bleibt ein „Loch“ in einem Umfang von 7 Milliarden DM.

Jetzt einen haushaltspolitischen Kurswechsel vorzunehmen, die Konsolidierung aufzugeben und höhere Kredite aufzunehmen, ist haushaltspolitisch völlig unverantwortlich und volkswirtschaftlich kontraproduktiv.

Gerade erst ist unser **stabilitätsorientierter und auf Konsolidierung gerichteter finanzpolitischer Kurs** im In- und Ausland mit guten Noten versehen worden.

Der Internationale Währungsfonds, aber auch die sechs Forschungsinstitute bestätigen und unterstützen in ihrem Frühjahrgutachten die Prinzipien unserer Politik. Gestern bin ich von einem G-7-Treffen und von der Frühjahrstagung von IWF und Weltbank aus Washington zurückgekommen. Auch im Kreis der Finanzministerkollegen wird die **deutsche Finanzpolitik als beispielhaft** hervorgehoben. Mit unserem Wachstum und unserer Haushaltskonsolidierung sowie den Stabilitätsfortschritten helfen wird auch der Konjunktur unserer Partner und tragen zu stabilen Entwicklungen auf den Finanzmärkten bei. (D)

Die Entwicklung auf den Devisenmärkten zeigt das **ungebrochene Vertrauen** in die D-Mark. Wir haben die Maxime von Karl Schiller „stability begins at home“ beherzigt.

Nur fünf Jahre nach der Erlangung der deutschen Einheit mit einer beispiellosen Herausforderung für den Bundeshaushalt ist die D-Mark der „safe harbour“ der Anleger und der sichere Anker des Europäischen Währungssystems. Das in über 40 Jahren erworbene Stabilitätskapital werden wir nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. Die Erfahrungen der Währungsturbulenzen der letzten Wochen zeigen: Glaubwürdigkeitslücken können an den Devisenmärkten große Konsequenzen auslösen.

Die wirtschaftlichen Daten belegen unsere erfolgreiche Politik. Die **Rezession ist überwunden**, der **Aufschwung hat** – ausgehend vom Exportsektor – jetzt auf breiter Front **eingesetzt**. Nationale und internationale Experten und Institutionen erwarten in diesem Jahr ein **reales Wachstum von 3 %**. Die **Preissteigerungsrate** ist mit zuletzt **2,4 %** so niedrig wie vor vier Jahren. Die **Arbeitslosigkeit geht zurück**.

Bundesminister Dr. Theodor Walgel

(A) Auch **1996** bleiben die Aussichten günstig. Der IWF sieht uns mit einem **Realwachstum von 3,3%** nach Japan an der Spitze der G-7-Länder. Bei den **Verbraucherpreisen** sind wir mit erwarteten **2%** sogar **Stabilitäts-Spitzenreiter**.

Der **Dollar** ist **derzeit unterbewertet**. Wir haben die USA, ebenso wie andere Länder und der IWF, aufgefordert, deutliche Signale gegen das „Doppeldefizit“ im Budget und in der Leistungsbilanz zu geben. Japan muß jetzt konsequent die Marktöffnung für ausländische Produkte umsetzen und die Deregulierung voranbringen.

Eine stabilitätsorientierte Finanzpolitik muß für die europäischen Länder der Maßstab sein. Für die **Glaubwürdigkeit auf den Internationalen Finanzmärkten** ist insbesondere eine deutliche **Rückführung der Haushaltsdefizite** notwendig.

Natürlich sorgen wir uns um den **Export** unserer Wirtschaft in den **Dollarraum**. Selbstverständlich kann dies auch Auswirkungen auf die Weltwirtschaft und damit auch auf die nationale Wirtschaft im nächsten Jahr haben. Angesichts der Breite des Aufschwungs in vielen Sektoren der Wirtschaft und der weiterhin günstigen Konjunkturindikatoren gibt es aber **keinen Anlaß zu Pessimismus**.

Die Forschungsinstitute weisen zu Recht darauf hin: Die **Preise** werden durch günstigere Importpreise aus dem Dollarraum **weiter gedämpft**. Weniger exportorientierte Wirtschaftszweige profitieren von dem niedrigen Dollarkurs. Eine starke Währung **härtet die Wirtschaft**; sie zwingt zu weiteren Produktivitätsverbesserungen, zu Investitionen und zu Modernisierungen.

(B)

Mit dem Haushaltsjahr 1994 haben wir die **Übergangsphase bei der Finanzierung der deutschen Einheit abgeschlossen**. Der Fonds „Deutsche Einheit“ ist ausgelaufen; die Treuhand hat ihre Arbeit beendet.

Bereits 1993 haben wir gemeinsam die in diesem Jahr in Kraft getretene **Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs** beschlossen. Er sichert den **neuen Ländern und Berlin** eine **angemessene Finanzausstattung** und ermöglicht ihnen, die für den Auf- und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur notwendigen Investitionen aus eigenen Mitteln zu tätigen.

Dazu **hat der Bund sieben Umsatzsteuerpunkte an die Länder abgetreten** und die **Bundesergänzungszuweisungen**, die insbesondere den finanzschwachen Ländern zugute kommen, erheblich **aufgestockt**. Diese Regelungen belasten den Bund im Saldo mit insgesamt rund 35 Milliarden DM jährlich. Der ab dem 1. Januar 1995 erhobene Solidaritätszuschlag kompensiert mit einem erwarteten Aufkommen von 26 Milliarden DM diese Belastung nur teilweise.

Zu den Eckpunkten des Föderalen Konsolidierungsprogramms gehört die **Einrichtung des Erblastentilgungsfonds**. In ihm wurden zum 1. Januar 1995 die Schulden der Treuhandanstalt (205 Milliarden DM), des Kreditabwicklungsfonds

(103 Milliarden DM) und – teilweise – des Wohnungsbaus (Ost) (31 Milliarden DM) **zusammengefaßt**. Die Tilgung erfolgt im Laufe einer Generation; sie belastet den Bund 1995 mit 25,4 Milliarden DM, danach mit 26 bis über 27 Milliarden DM jährlich.

(C)

Für die **Finanzierung der Einheit** haben wir den richtigen Finanzierungsmix gefunden und von Beginn an die Konsolidierung im Auge gehabt. Ein Viertel der Bundesausgaben der letzten vier Jahre war für die Einheit bestimmt. Über 70% der Nettobelastung im Haushalt haben wir durch Einsparungen und Umschichtungen finanziert, weniger als 30% durch Kreditaufnahme.

Diese Tatsachen dokumentiert auch der Internationale Währungsfonds. **1995 und 1996** stehen wir mit einem **Staatsdefizit von 2,2 und 1,8%** an der Spitze der G-7-Länder. Zusammen mit Luxemburg erfüllen wir alle **Maastrichter Konvergenzkriterien**, gerade auch die beiden Defizitkriterien zum jährlichen Defizit und zum Schuldenstand.

Das **Ausgabevolumen steigt** im Bundeshaushalt 1995 gegenüber dem Ist des Vorjahres **um lediglich 1,4% auf 477,7 Milliarden DM**. Diese Steigerungsrate beträgt nur rund ein Viertel des erwarteten nominalen Wachstums des Bruttoinlandprodukts von rund 5%. **Real geht das Haushaltsvolumen sogar zurück**. Vergleicht man es mit dem Soll des Jahres 1994, dann schrumpft der Haushalt sogar nominal um 0,5%.

Damit gehen wir auch gleich einen wichtigen Konsolidierungsschritt im Hinblick auf unser finanzpolitisches Hauptziel, bis zum Jahr 2000 die **Staatsquote von derzeit etwa 50% wieder auf 46%**, den Stand vor der Einheit, zu **reduzieren**.

(D)

Die im ersten Regierungsentwurf vom Juli 1994 veranschlagte **Nettokreditaufnahme** von rund 68 Milliarden DM konnte inzwischen **um fast 20 Milliarden DM auf nunmehr 49 Milliarden DM vermindert** werden. Zusammen mit der um rund 19 Milliarden DM geringeren Nettokreditaufnahme des vergangenen Jahres werden wir damit **1994/95 insgesamt rund 40 Milliarden DM weniger Schulden** machen, als wir noch im Sommer des vergangenen Jahres im Finanzplan unterstellt haben.

Die zuletzt noch im Haushaltsausschuß vorgenommene Verminderung der Nettokreditaufnahme beruht auf Minderausgaben in Höhe von fast 7 Milliarden DM und Mehreinnahmen in Höhe von über 3 Milliarden DM.

Die wesentlichen Positionen bei den **Minderausgaben** sind:

- der Zuschuß zur Bundesanstalt für Arbeit: minus 3,5 Milliarden DM,
- Zinsen und Zuführungen an den Erblastentilgungsfonds: minus 1,9 Milliarden DM und
- Zuwendungen an die Treuhandnachfolgeorganisationen: minus 0,5 Milliarden DM.

Bundesminister Dr. Theodor Waigel

(A) Die **Mehreinnahmen** ergeben sich überwiegend aus einer Minderabführung an die Europäische Union in Höhe von 2,2 Milliarden DM, die allerdings mit eigenen Steuermindereinnahmen von 0,4 Milliarden DM zu saldieren sind.

Bis unmittelbar vor Beginn der zweiten und dritten Lesung des Haushalts 1995 haben der Bund und die Steinkohlensländer über die Kompromißlinien für die **Verminderung des Bundesanteils an den Steinkohlensubventionen** gerungen. Die nunmehr einvernehmliche Minderung des Bundesanteils von **zwei Dritteln auf 60 %** führt zwar im Bundeshaushalt zu Mehrausgaben in Höhe von mehreren hundert Millionen DM; dennoch begrüße ich diese Einigung. Sie ist ein deutliches **Signal für eine stärkere Verantwortung der Revierländer** und zugleich für den **weiteren Abbau von Subventionen**.

Im Rahmen der **Reform und Neuabgrenzung von Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe** sollen die sachlichen und zeitlichen Voraussetzungen und Übergänge zwischen Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe mit dem Ziel neu gestaltet werden, die **Anreize zur Arbeitsaufnahme zu verstärken**.

Im übrigen erinnere ich daran: Zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt werden wir durch Umschichtungen bis 1999 3 Milliarden DM für ein zeitlich befristetes Programm zur Gewährung von Lohnkostenzuschüssen bereitstellen.

(B) Der **Standort Deutschland braucht mehr Innovationen**. Trotz des eng begrenzten Ausgabenspielraums im Haushalt 1995 werden Akzente zur Förderung von Forschung und Technologie gesetzt. Der **Ansatz im Bereich Forschung und Technologie** wird gegenüber 1994 **überproportional erhöht**. Daneben wollen wir ein gemeinsames Technologieförderprogramm mit den neuen Ländern und ein ziviles Luftfahrtforschungs- und -technologieprogramm finanzieren.

Mit dem **weiteren Abbau des Stellenbestandes bei den Bundesbehörden um 1,5 %**, der **Verringerung und Straffung von Aufgaben der Bundesbehörden** verfolgen wir weiter konsequent das Ziel, den Staat **„schlanker“ zu machen**, die **öffentlichen Dienstleistungen** und das **Verwaltungshandeln effektiver und zugleich sparsamer zu gestalten**.

Meine Damen und Herren, in den nächsten Wochen werden wir den **Bundeshaushalt 1996** auf den Weg bringen. In diesem Haushalt müssen die verfassungsrechtlich geforderte steuerliche Freistellung des Existenzminimums, die Verbesserung des Familienleistungsausgleichs und die Finanzierung der Kohleverstromung aus Haushaltsmitteln finanziert werden. Diesen Belastungen von insgesamt knapp 20 Milliarden DM stehen Entlastungen von etwa 15 Milliarden DM gegenüber. Die verbleibende **Finanzierungslücke** im Haushalt 1996 muß im Haushaltsaufstellungsverfahren durch weitere Einsparungen geschlossen werden.

Dennoch wird die **Nettokreditaufnahme im kommenden Jahr höher ausfallen müssen als 1994 und 1995**. Mit etwa 60 Milliarden DM liegt sie anderer-

seits genau auf dem im Finanzplan angesetzten Niveau. Bei einer Gesamtentlastung für die Bürger von 30 Milliarden DM bei den Steuern ab 1996 ist dies auch vertretbar. (C)

In den kommenden Jahren werden wir mit der **Symmetrie in der Finanzpolitik** an die bewährte Doppelstrategie der 80er Jahre anknüpfen: Wir werden die **Staatsdefizite** und die **hohe Steuer- und Abgabenglast gleichzeitig zurückführen**. Damit werden die staatlichen und die privaten Handlungsspielräume wieder gestärkt.

Die **Konsolidierungspolitik geht weiter**. Dazu muß das **Ausgabenmoratorium** weiter strikt gelten. Das Wachstum der Bundesausgaben muß gleichzeitig deutlich unter dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts bleiben.

Der zweite entscheidende Baustein der „Symmetrischen Finanzpolitik“ neben der Konsolidierungspolitik ist die Steuerpolitik. **1996 ist das Jahr der Steuerentlastungen und -strukturverbesserungen**. 30 Milliarden DM sollen an die Bürger zurückgegeben werden. Dazu haben wir ein steuerpolitisches Gesamtpaket auf den Tisch gelegt.

Den größten Beitrag von rund 16 Milliarden DM erbringt das **Jahressteuergesetz 1996**. Es beinhaltet die verfassungsrechtlich gebotene Neuregelung des steuerlichen Existenzminimums; die für den Standort Deutschland wichtige Fortsetzung der Unternehmenssteuerreform, verbunden mit einer Gemeindefinanzreform; die gestraffte Fortführung der Förderung in den neuen Bundesländern und ein Steuervereinfachungspaket, das zu einer erheblichen Entlastung und zu mehr Transparenz für den Bürger, die Unternehmen, die Steuerberater und die Steuerverwaltung führen wird. (D)

Neben dem Jahressteuergesetz 1996 wird der Steuerzahler durch die **Verbesserung des Familienleistungsausgleichs** um weitere 6 Milliarden DM und durch den **Wegfall des „Kohlepfennigs“** um 7,5 Milliarden DM entlastet.

Jährlich wird die **Rückführung des Solidaritätszuschlags** überprüft. Die Möglichkeit dazu besteht, wenn die Belastungen des Bundes durch die Transfers in die neuen Länder im Rahmen des Finanzausgleichs sinken oder die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag stärker steigen, als im Finanzplan veranschlagt. Ich erwarte, daß sich die Länder an die von ihnen gegebenen Zusagen halten. Wenn sich bei den Ländern durch die vom Bund abgegebenen Umsatzsteuerpunkte im Finanzausgleich eine Überfinanzierung ergibt, müssen sie von den Ländern an den Bund zurückgegeben werden, damit sich dies in einer Senkung des Solidaritätszuschlags bemerkbar machen kann. So steht es wörtlich in dem Gesetzentwurf zur Neuordnung des Finanzausgleichs, den die Länder 1993 vorgelegt haben. – Herr Bürgermeister, Sie schauen mich ernst an; der neben Ihnen Sitzende lacht. – Beides gemeinsam ergibt eine ernsthafte Mischung. Man sollte sich 1995 und 1996 an das halten, was man 1993 zugesagt hat.

(Zuruf Dr. Henning Voscherau [Hamburg])

Bundesminister Dr. Theodor Waigel

(A) – Diese rechnen wir aus; selbstverständlich! Lassen Sie uns ehrlich, fair und anhand von Zahlen miteinander darüber reden!

Nun noch ein Wort zur **Sozialhilfe!** Der saarländische Ministerpräsident Lafontaine hat kürzlich gefordert – der SPD-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, Herr Scharping, hat sich dem angeschlossen –, der Bund solle sich hälftig an den Sozialhilfeausgaben der Länder und Kommunen beteiligen. Diese Forderung findet keinerlei Stütze in der Finanzverfassung der Bundesrepublik und erweckt im übrigen den unzutreffenden Eindruck, als entstünden die tatsächlich angestiegenen Sozialhilfeausgaben von Ländern und Gemeinden deshalb, weil es ein Bundessozialhilfegesetz gibt.

Tatsache ist: Die Sozialhilfeaufwendungen von Ländern und Gemeinden fallen in jedem Fall an; das **Bundessozialhilfegesetz sorgt nur für eine gleichmäßige Rechtsanwendung im gesamten Bundesgebiet.** Hierfür zu sorgen, ist die Pflicht des Bundes. Hieraus ergibt sich aber **nicht die Verpflichtung des Bundes, die Sozialhilfeaufwendungen oder einen Teil dieser Aufwendungen zu tragen.** Dies ist auch nicht mit der Tatsache vereinbar, daß die Kommunen vor Ort über die Ausgestaltung dieser Leistungen nach der individuellen Bedürftigkeit entscheiden.

Der Bund hat den Ländern im übrigen durch eine Fülle von Maßnahmen – ich erinnere hier nur an die Asylgesetzgebung, die Pflegeversicherung, die Neuregelung des Konzessionsabgabenrechts und die Privatisierung der Post – kurz- oder mittelfristig deutliche Einnahmeverbesserungen verschafft. Gleichzeitig trägt der Bund die Hauptlast der deutschen Einheit. Dies zeigen die Finanzierungskennziffern von Bund, Ländern und Kommunen auch ganz klar an.

(B)

Die **Defizitquote** des Bundes liegt jetzt bei 10 %, die der Länder (West) bei 6 % und die der Länder (Ost) bei 8 %. Die Kommunen weisen Defizitquoten von 3 % in den alten Bundesländern und von 5 % in den neuen Bundesländern auf.

Anstatt Milliardensummen zu Lasten des Bundes zu verschieben, sollten wir uns Gedanken über Einsparungen und sinnvolle Gestaltungsmöglichkeiten bei der Sozialhilfe machen. Die von der Bundesregierung bereits durchgeführten Reformen der Sozialhilfe haben die Kommunen um 2 bis 3 Milliarden DM entlastet. Ich hoffe auf Ihre Unterstützung für die **weitere Straffung und zielorientierte Gestaltung der Sozialhilfe**, wie sie Minister Seehofer vorgeschlagen hat.

Wenn die Mehrheit im Bundesrat heute einen Beschluß faßt, hinter dem sich zusätzliche Ausgaben ohne entsprechende Deckung verstecken, und ein Vermittlungsverfahren zum Bundeshaushalt 1995 durchsetzt, erweisen Sie dem Bürger, aber auch dem Bundesrat selbst keinen guten Dienst.

Ich appelliere an die SPD-Länder: Stehen Sie zu der guten Tradition des Bundesrates, und werden Sie Ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung gerecht! Verabschieden Sie den Bundeshaushalt für das Jahr 1995 in der Ihnen vorliegenden Form! Die Bürger erwarten jetzt kein kleinkariertes Gezänk, sondern

klare Entscheidungen für die Zukunft. Das Gemeinwohl darf nicht Parteiinteressen geopfert werden. Blockade, Obstruktion und Parteitaktik lohnen sich nicht. (C)

Darum bitte ich Sie, diesem Haushalt zuzustimmen.

Vizepräsident Dr. Manfred Stolpe: Danke, Herr Bundesminister!

Das Wort hat Herr Bürgermeister Wedemeier.

Klaus Wedemeier (Bremen): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Herr Bundesminister, es geht in der Tat nicht um „kleinkariertes Parteiengetzänk“, wenn wir über den Bundeshaushalt 1995 reden. Es geht auch nicht um die Frage, ob der Bundesrat als Blockadeinstrument benutzt wird oder nicht. Das ist nun schon ein etwas „abgewetzter“ Vorwurf, der immer dann erhoben wird, wenn man in bezug auf die eigenen Vorlagen, was z. B. den Inhalt von Gesetzen angeht, „erwischt“ worden ist. Es geht vielmehr um die Frage, ob wir durch diesen Bundeshaushalt eine klare Orientierung für die Zukunft unseres Landes erreichen. Darauf haben Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Länder und Gemeinden einen Anspruch. Insofern sind wir der Auffassung, daß dieser Haushalt den ökonomischen, finanziellen und sozialen Erfordernissen nicht gerecht wird.

Wir wissen: Die **Weltwirtschaft wandelt sich dramatisch.** Neue Wettbewerber drängen auf den Markt. Sie fordern uns auf dem Preissektor heraus; sie fordern uns auch auf dem technologischen Sektor heraus. Deshalb sind **umfassende Modernisierungsstrategien für den Wirtschaftsstandort Deutschland erforderlich**, um Arbeitsplätze und damit Wohlstand zu sichern. (D)

Wirtschaft und Politik müssen also entschlossen reagieren. An vorderster Stelle dabei steht – ich will damit gleich auf einen Punkt zurückkommen, den Sie genannt haben – die **nachhaltige Stärkung von Forschung, Bildung und Wissenschaft.** Wenn wir uns den Bundeshaushalt daraufhin anschauen, dann müssen wir feststellen, daß diese Bereiche eher vernachlässigt werden. Es gibt ein Ressort, das „Zukunftsministerium“ genannt wird. Damit ist wohl weniger die Zukunft des Inhabers des Ministerpostens als vielmehr die Zukunft des Landes gemeint. Dieses Ressort weist einen Anteil von 3,3 % am Bundeshaushalt auf. Beide Teile des Ressorts zusammengenommen – Bildung und Wissenschaft sowie Forschung und Technologie – weisen jedoch eine **Steigerungsrate** gegenüber dem Soll 1994 von gerade einmal 1 % auf. Die Prozentzahl, die Sie vorgetragen haben, Herr Bundesminister, betrifft nur einen Teil des Ministeriums. Wir haben uns an anderer Stelle schon einmal darüber unterhalten, ob z. B. der Mitteleinsatz für die Forschung in der Luft- und Raumfahrtindustrie, insbesondere in der Luftfahrtindustrie, angesichts der Konkurrenz aus den Vereinigten Staaten ausreichend ist.

Klaus Wedemeier (Bremen)

- (A) Es ist nicht ausreichend, meine Damen und Herren, für ein Ministerium einen neuen Namen zu erfinden, und damit über die Gefahren einer konzeptionslosen Forschungs- und Technologiepolitik hinwegzusehen. Der Erfindergeist sollte sich weniger auf das Erfinden neuer Namen als vielmehr auf das Erfinden neuer Inhalte richten.

Nächstes Beispiel: **Bundesausbildungsförderungsgesetz!** Ihre Politik läuft darauf hinaus, daß die Entscheidung, ein Studium aufzunehmen oder nicht – und damit die Frage, ob wir genug Kräfte bekommen, um die Zukunft unseres Landes zu gestalten –, wieder davon abhängig gemacht werden sollen, wie groß und leistungsfähig der Geldbeutel der Eltern ist. Die Bundesausbildungsförderung soll gestrichen, möglichst wieder auf Darlehen umgestellt werden. Es kann nicht sein, daß über Wissen und Können nach dem Vermögen der Eltern entschieden wird.

Gleichzeitig werden den Ländern – das haben wir schon gemeinsam beklagt – Mittel im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Hochschulbau“ vorenthalten. Der Bund steht mit 100 Millionen DM in der Schuld der Länder. In den Haushalt sind für den **Hochschulausbau** 1,8 Milliarden DM statt der von uns geforderten 2,3 Milliarden DM eingestellt worden. Alle zuständigen Minister und Senatoren in den Ländern – auch jene in den CDU/CSU-regierten Ländern – wissen, daß der Betrag von 2,3 Milliarden DM erforderlich ist. Meine Damen und Herren, hier steht der **Standort Deutschland** auf dem Spiel. Wir aber sollen mit der Summe, die im Haushalt für den Hochschulausbau vorgesehen ist, klarkommen. Gleichzeitig wird jedoch immer gesagt, daß in die Zukunft investiert werden müsse.

(B)

Es geht aber nicht nur um die ökonomische, sondern auch um die soziale Stabilität im Lande, die einen hohen Stellenwert haben muß. **Sozialer Friede entspricht dem Menschenbild unserer Verfassung.** Soziale Stabilität ist auch ein Standortfaktor in unserem Land. Nur wenn wir den sozialen Frieden bewahren können, wird es in unserem Land auch gerecht zugehen.

Wir erleben nun schon seit Jahren, daß das soziale Gerechtigkeitsempfinden der Bundesregierung nicht dem entspricht, was in der Republik landauf, landab darunter verstanden wird. Ich erinnere an die **Erhöhung der Mehrwertsteuer** und an die **Heranziehung der Sozialversicherungsträger** zur Finanzierung der deutschen Einheit.

Ich erinnere aber auch an den **Sozialabbau** im Bundeshaushalt 1995. Es ist ein Sozialabbau durch die Hintertür. Ein Beispiel dafür ist die **Kürzung des Ansatzes für Wohngeld** um 300 Millionen DM auf 2,8 Milliarden DM im Haushalt 1995. 1994 waren noch 3,6 Milliarden DM vorgesehen. Das Wohngeld ist in Deutschland (West) seit 1990 nicht mehr angepaßt worden, obwohl die Mieten seitdem um 22 % gestiegen sind. Immer mehr Familien verlieren aufgrund der Nichtanpassung ihre Anspruchsberechtigung für den Bezug von Wohngeld und geraten zum Teil in die Sozialhilfe. So kann man auch auf „kaltem“ Wege 500 Millionen DM einsparen und gleichzeitig den sozialen Frieden gefährden. Ich könnte Ih-

nen, Herr Bundesminister, über die Unruhe in vielen Städten berichten, die unter Mietern entsteht, weil das Wohngeldgesetz seit fünf Jahren nicht mehr angepaßt worden ist, während die Mieten jedoch um den genannten Prozentsatz gestiegen sind. Wir brauchen eine **Novellierung des Wohngeldgesetzes**, um in diesem Bereich wieder etwas mehr soziale Gerechtigkeit walten zu lassen.

(C)

Der Bund hat gleichzeitig den **Verpflichtungsrahmen für den sozialen Wohnungsbau um 18 % gekürzt**. Sie alle wissen: In Deutschland fehlen 2,5 Millionen Wohnungen; aber die Mittel werden zurückgenommen. Wir brauchen insbesondere **Zuweisungen für Regionen mit erhöhter Wohnungsnachfrage**. Das fordern wir auch in unserem Antrag. Die Wohnungspolitik darf nicht zu Lasten der sozial Schwachen fortgesetzt werden.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eine der wesentlichen Ursachen der Not in unseren Städten und Gemeinden sind die **Massenarbeitslosigkeit**, mit der wir es zu tun haben, und auch die **immer längere Dauer der Arbeitslosigkeit** bei immer mehr Betroffenen. Herr Bundesminister, Sie haben die Verständigung zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und Bundesregierung erwähnt. Was dort vereinbart wurde, ist lobenswert. Sie wollen die Arbeitslosigkeit in den kommenden vier Jahren durch den Einsatz von 3 Milliarden DM bekämpfen – ein Schritt in die richtige Richtung. Ich frage mich aber, wo die arbeitsmarktpolitische Linie bleibt, wenn aus dem Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit gleichzeitig 3,5 Milliarden DM gestrichen werden. Wir haben schon erlebt, daß in den westdeutschen Regionen mit erhöhter Arbeitslosigkeit AB-Mittel zurückgenommen wurden. Wir bräuchten diese Mittel dringend in den ostdeutschen Ländern. Wir haben gleichzeitig erlebt, daß AB-Maßnahmen in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit dramatisch zurückgeführt werden mußten. Wenn Sie auf der einen Seite ein Abkommen schließen, 3 Milliarden DM zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einzusetzen, auf der anderen Seite jedoch bei der Bundesanstalt für Arbeit 3,5 Milliarden DM streichen, dann **fehlen** meines Erachtens die notwendige **Konsequenz und Entschlossenheit** in der **Arbeitsmarktpolitik**.

(D)

Wir können der hohen Arbeitslosigkeit nicht länger tatenlos zusehen. 1993 betrug die gesamtgesellschaftlichen Kosten der Arbeitslosigkeit 116 Milliarden DM. Wir reden schon sehr lange darüber, daß **wir Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren** sollten. Mit solchen Ansätzen ist dies aber nicht möglich.

Ich stelle für die SPD-geführten Länder fest: Der Bundeshaushalt muß in wesentlichen Teilen korrigiert werden, um die **wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes** zu stärken und um den sozialen Frieden in unserem Land zu sichern. Man kann dieses Ziel durch **Umschichtung innerhalb des Haushalts** erreichen. Darüber werden wir uns im Vermittlungsausschuß zu unterhalten haben. Wir nehmen Verantwortung für den Gesamtstaat wahr, Herr Bundesmi-

Klaus Wedemeier (Bremen)

(A) nister, wenn wir heute den Vermittlungsausschuß aufrufen. Modernität und Stabilität unseres Landes dürfen nicht unter die Räder des „klapprigen Karrens“ der Bonner Koalition geraten.

Nun zur **mittelfristigen Finanzplanung!** Ich erkenne keine verlässliche Konsolidierungsperspektive, insbesondere was die **Haushaltsrisiken für 1996** angeht:

- beim Familienleistungsausgleich, die Steuerfreistellung des Existenzminimums inbegriffen, besteht ein Risiko in Höhe von 10 Milliarden DM;
- wahrscheinlich 7,5 Milliarden DM für die Finanzierung der Kohleverstromung;
- 6,5 Milliarden DM zur Finanzierung der Bahnreform;
- mindestens 4 Milliarden DM – Städte und Gemeinden sagen übrigens: ca. 7 Milliarden DM -- durch Unterfinanzierung der Arbeitslosenhilfe, insbesondere aufgrund des Vorhabens, Arbeitslose nach zwei Jahren Bezug von Arbeitslosenhilfe in die Sozialhilfe zu schicken.

Es besteht also vermutlich eine **Unterdeckung in Höhe von 30 Milliarden DM im Haushalt 1996**. Dabei sind dringende gesellschaftliche Bedarfe gar nicht eingerechnet: beim Wohngeld – ich habe es schon angesprochen –, im sozialen Wohnungsbau, beim BAföG, ebenso bei der Gemeinschaftsaufgabe „Hochschulbau“. Wir müssen die Bundesregierung auffordern, einen Finanzplan vorzulegen, der auch den Grundsätzen der Vollständigkeit und Verlässlichkeit entspricht.

(B)

Ich warne den Bund auch davor, immer mehr Lasten auf Länder und Gemeinden abzuwälzen. **Nationale Aufgaben müssen auch vom Bund wahrgenommen werden.** Die Länder sind aus geographischen oder geologischen Gründen bereit, einen angemessenen Beitrag zu leisten. Sie können den Bund aber nicht aus seiner **gesamtstaatlichen Verantwortung entlassen**. Das gilt für die Kokskohlenbeihilfe genauso wie für die Wettbewerbshilfe im Schiffbau.

Daß der **Bergbau** jetzt **Planungssicherheit durch rechtsverbindliche Zuwendungsbescheide** erhält, ist ein Erfolg der Landesregierungen, die insbesondere betroffen sind, nämlich Nordrhein-Westfalens und des Saarlandes. Entgegen allen bisherigen Vereinbarungen hat der Bund jedoch **zusätzliche Lasten auf die Bergbauländer abgewälzt**. Es kann mit der Lastenverschiebung so nicht weitergehen.

Die **deutsche Kohle** ist und bleibt eine **nationale Energiereserve**, für die der Gesamtstaat verantwortlich ist. Industrienationen, wie Deutschland, können sich nicht völlig von Energieimporten abhängig machen. Wir brauchen für die **Versorgungssicherheit** auch einen Sockel aus heimischer Stein- und Braunkohle.

Ähnlich ist es bei den **Werften**. Wir stehen vor einem **OECD-Abkommen**. Ab 1996 darf es keine staatlichen Hilfen mehr geben. Alle staatlichen Hilfen, die noch 1995 gewährt werden, müssen 1998 endgültig auslaufen. (C)

Konkurrierende Schiffbaunationen rüsten ihre Werften für die Zeit danach. Zur Zeit jedenfalls bleibt weitgehend unberücksichtigt, daß Länder wie China, Rußland, Polen und Rumänien – übrigens bedeutende Schiffbauländer, in denen sich 25 % der Welt-schiffbauproduktion vereinigen – dem OECD-Abkommen gar nicht beigetreten sind, sich an die Regelungen dieses Abkommens also nicht halten müssen und uns entsprechend Konkurrenz machen können.

Was machen andere Länder? Frankreich hat sich, als es um die notwendige Rettung von EKO-Stahl ging, von der Europäischen Union mit unserer Zustimmung eben einmal 750 Millionen DM genehmigen lassen. Wenn man die Unterstützung – die Subvention, kann ich auch ruhig sagen – für die deutschen und französischen Werften vergleicht, dann kommt dabei im Ergebnis folgendes heraus: In Frankreich wird eine staatliche Unterstützung in Höhe von 110 000 DM pro Arbeitsplatz gewährt – das könnte man den Leuten fast direkt in die Hand drücken –, während bei uns in den alten Ländern 15 200 DM und in den neuen Ländern 20 000 DM pro Arbeitsplatz an Unterstützung gewährt werden. So machen wir eine wichtige nationale Industrie „fit“ für den Weltmarkt.

Ein **Arbeitsplatzabbau im Schiffbau** in beiden Teilen Deutschlands hat übrigens zur Genüge stattgefunden: in den alten Ländern von 80 000 im Jahre 1975 auf 25 000 im vergangenen Jahr, in den neuen Ländern von 30 000 auf 10 000. Zwei Drittel aller Arbeitsplätze bei den Werften in den neuen Ländern sind bereits weggefallen. (D)

Die Ministerpräsidenten der norddeutschen Länder haben eine **Wettbewerbshilfe** in Höhe von 705 Millionen DM **gefordert**; die deutsche Schiffbauindustrie hält 960 Millionen DM für erforderlich. Im Bundeshaushalt sind 580 Millionen DM vorgesehen; allerdings erst auf eine Empfehlung des Haushaltsausschusses hin. Man kann, wie in einem Interview von Minister Rexrodt zu lesen war, nicht behaupten, die Werften könnten die Wettbewerbshilfe in Höhe von 705 Millionen DM im Jahre 1995 gar nicht nutzen. Bevor so etwas in die Welt gesetzt wird, bitte ich doch sehr darum, sich mit dem Schiffbauverband in Verbindung zu setzen. Dieser hat in einem Schreiben auch entsprechend reagiert. Natürlich können die Werften diese 705 Millionen DM nutzen; sie brauchen das Geld dringend. Sie brauchen nach ihrer Auffassung sogar wesentlich mehr. Aber wir wissen, daß man auch hier nach Kompromissen suchen muß.

Nun wälzt der Bund die Lasten wieder weitgehend auf die Länder ab. Sie sollen nun zwei Drittel zahlen; der Bund will nur noch ein Drittel zahlen. Das, Herr Bundesminister, ist eine **Vernachlässigung der maritimen Interessen der Republik**. Bundestagsabgeordnete aus SPD, CDU und F.D.P. – CSU-Abgeordnete waren auch dabei – müssen die Bundesregie-

Klaus Wedemeler (Bremen)

- (A) rung am Ende im Haushaltsausschuß immer wieder dazu zwingen, eine Wettbewerbshilfe einzusetzen. Sonst wäre – jedenfalls in früheren Jahren – gar nichts passiert.

In der Europäischen Union werden 9,9% Subvention als Wettbewerbshilfe genehmigt; bei uns erhalten die Werften nur 7%. Wenn die Summe dann noch „gedeckt“ wird, sind es am Ende nur noch 4,5%.

Man hat in Norddeutschland manchmal den Eindruck, daß zu viele mit dem Rücken zur Küste sitzen. Wenn man nur auf die Alpen schaut, kann man auch den Weitblick verlieren. Ich bitte, sich doch mehr um das zu kümmern, was sich an der Küste tut.

(Zuruf Bundesminister Dr. Theodor Waigel)

– Das bringen Sie noch fertig, weil Sie dort wohnen. Aber damit haben Sie den deutschen Schiffbauern noch nicht geholfen. Das ist das Problem. Es geht nicht um Ihren Wahlkreis, sondern es geht um die Arbeitsplätze in Norddeutschland, um die Arbeitsplätze in Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Niedersachsen. Wenn Sie einen Beitrag zur Erhaltung der Arbeitsplätze dort leisten, bin ich bereit, auch diese Schifffahrt in die Wettbewerbshilfe mit einzubeziehen.

(Bundesminister Dr. Theodor Waigel: Ich habe die nicht schiffbare Donau gemeint!)

– Die nicht schiffbare Donau! Aber Sie bringen es auch noch fertig, in bezug auf nicht schiffbare Flüsse Subventionen einzuführen,

- (B) (Heiterkeit)

ohne daß sich an den Küsten irgend etwas tut.

Eine **Außenhandelsnation** braucht in Zukunft natürlich auch einen **konkurrenzfähigen Schiffbau**. Ich will das mit Zitaten von Bundesministern belegen. Herr Rexrodt in Bremen: „Schiffbau ist immer eine High-Tech-Branche gewesen.“ Er sieht sie auch heute noch als eine solche. – Bravo! Herr Rüttgers erklärte in Bremerhaven, eine derart vom Wellexport abhängige Nation wie Deutschland könne nicht auf eigenen Schiffbau verzichten. – Wunderbar! Der Bundeskanzler sagte bei der 200-Jahr-Feier der Meyer-Werft in Papenburg: „Ich bin ein Bekehrter.“ – Ein Bekehrter, kein Verkehrter! – Er lobte die modernen Arbeitsplätze in der Hochtechnologiebranche Schiffbau. Das sind richtige Einsichten; aber es fehlen die Taten.

Für die Süddeutschen will ich noch hinzufügen: 60 bis 70% der Baukosten eines Schiffes entfallen auf die Zulieferindustrie; 40% davon entfallen auf Zulieferer aus Bayern und Baden-Württemberg. Wir kämpfen um Arbeitsplätze in Bayern und Baden-Württemberg, wenn wir uns für den Schiffbau in Norddeutschland einsetzen.

Nun habe ich im „Handelsblatt“ noch etwas ganz Interessantes gelesen. Die ganze Wettbewerbshilfe nützt uns wenig, wenn die Zinssubventionen – man nennt sie „Werffhilfe“ – im Bundeshaushalt nicht weiter gewährt werden. Dabei geht es darum – Schiffe werden sowieso gleichzeitig mit der Finanzierung ab-

geliefert –, daß die Zinsen höher sind als 8% und die Bundesregierung über Zinssubventionen bisher immer geholfen hat, bei einem Niveau von 8% zu bleiben. Das war ganz wichtig für die Werften in Norddeutschland. Herr Parlamentarischer Staatssekretär Lammert, nun lese ich aber im „Handelsblatt“ – das „Handelsblatt“ ist keine SPD-Parteizeitung –, daß der Bundesminister für Wirtschaft es versäumt habe, die notwendigen Kapitalmittel in ausreichendem Maße in den Bundeshaushalt einzusetzen. Dabei geht es um nicht wenig Geld. In der Finanzplanung 1997 geht es um 300 Millionen DM und in der Finanzplanung 1998 um 400 Millionen DM. Im Jahre 1995 müssen jedoch **Verpflichtungsermächtigungen** eingesetzt werden. Nun hofft der Bundeswirtschaftsminister, daß ihm der Bundesfinanzminister in einem Nachtragshaushalt diese notwendige Verpflichtungsermächtigung noch gibt. So kann man, glaube ich, mit einem wichtigen Industriezweig verantwortlich nicht umgehen.

Das **Föderale Konsolidierungsprogramm** als Kernbestandteil des mühsam ausgehandelten Solidarpakts ist jetzt vier Monate in Kraft. Als das Ergebnis vor zwei Jahren vorlag, haben Bund und Länder übereinstimmend und zu Recht betont, es sei ein gerechter Ausgleich aller Interessen. Der Solidarpakt ist ein herausragendes Beispiel dafür, daß der deutsche Bundesstaat schwierige Probleme lösen kann. Aber zur Zeit ist leider völlig unklar, wie sich erstens die Freistellung des Existenzminimums und zweitens die Neuregelung des Familienlastenausgleichs auf die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden auswirken werden. Bonn zahlt für die neuen Länder 10 Milliarden DM weniger als im Solidarpakt vorgesehen: Bei der Finanzierung der Treuhand und beim Erblastentilgungsfonds spart der Bund jeweils 5 Milliarden DM. Außerdem sind die seit 1990 beschlossenen Steuererhöhungen zu über 90% dem Bund zugute gekommen.

Nun möchte ich gerne auch die Gelegenheit wahrnehmen, als Bürgermeister einer Kommune – das ist der Vorteil von Stadtstaaten im föderalen System – zu dem Stellung zu nehmen, was auf uns zukommt, wenn einige Vorhaben, die der Herr Bundesminister auch angesprochen hat, verwirklicht werden. Es geht, Herr Minister, um den **Eingriff in die Arbeitslosenhilfe**.

Ich habe in einer Presseerklärung vom 1. Dezember, verbreitet vom Bundesministerium der Finanzen, den Satz gelesen:

Die von der Bundesregierung im Sommer beschlossenen Einsparungsmaßnahmen bei der Arbeitslosenhilfe

– Befristung oder Alternativmaßnahmen –

sind mit der Koalitionsvereinbarung in die umfassendere Perspektive der Reform und Neuabgrenzung der Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe eingeordnet worden.

Das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen: „Reform und Neuabgrenzung der Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe“! – Darum also geht es: Wenn die Arbeitslosenhilfe nach zwei Jahren gestrichen wird, sollen die Arbeitslosen zum Sozialamt geschickt werden.

Klaus Wedemeier (Bremen)

- (A) Meine Damen und Herren, dies ist ein nicht mehr zu ertragender „Verschiebepark“ zu Lasten von **Städten und Gemeinden**. Wir vermuten nicht, wie der Bund ausgerechnet hat, eine Größenordnung von 4 Milliarden DM, sondern eine **Größenordnung von 7 Milliarden DM**.

Ich sehe auch wenig Sinn in einer solchen Maßnahme, außer daß man Arbeitslose, die zeit ihres aktiven Arbeitslebens auch Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt haben, diskriminieren will. Es kommt aber darauf an, die Arbeitslosigkeit und nicht die Arbeitslosen in unserem Land zu bekämpfen.

Ich erinnere an den Vorschlag des Kollegen Lafontaine, den wir unterstützen. Wir haben vor einiger Zeit schon einmal über einen solchen Vorschlag diskutiert. Ein solcher Vorschlag ist nichts Neues, Herr Bundesminister. Er kommt diesmal von der SPD. Aber er kam ursprünglich - vor einer Reihe von Jahren - aus Ihren eigenen Reihen, nämlich vom damaligen Ministerpräsidenten Albrecht. Wir greifen nichts anderes als das wieder auf, was wir, die Länder, schon einmal mit den CDU-Kollegen auf Bundesebene diskutiert haben.

Wenn man Arbeit in den Städten und Gemeinden finanzieren und organisieren will, ist dieser Vorschlag allemal sinnvoller, als die Sozialämter, die Sozialhilfekassen noch mehr zu belasten. Ich will nur aus der Sicht Bremens sagen, was uns dies kosten würde: 70 Millionen DM mehr an Sozialhilfe müßte Bremen zahlen, wenn Sie sich mit Ihrem Vorschlag durchsetzen. In Deutschland sind 1992 42,6 Milliarden DM aus den Sozialhaushalten der Städte und Gemeinden gezahlt worden. Das waren 5 Milliarden DM mehr als im Jahr zuvor. In diesem Jahr werden wir 50 Milliarden DM erreichen.

- (B) Es kommt vielmehr darauf an, daß die **Sozialhilfe wieder ihre ursprüngliche, nachrangige Funktion** im System der sozialen Sicherung erfüllt; aber nicht auf Kosten der Sozialhilfeempfänger, sondern **durch die Rückgewinnung der Leistungsfähigkeit der Sozialversicherungssysteme**, durch eine wirksame **Bekämpfung der Arbeitslosigkeit**, durch angemessene **Hilfen für Familien mit Kindern** und durch gezielte **Steuerentlastungen für kleine und mittlere Einkommen**, damit nicht immer mehr Arbeitslose, aber auch Arbeitnehmer mit ihren Familien in die Sozialhilfe geraten. **Städte und Gemeinden** sind in den vergangenen Jahren immer mehr zu **generellen Ausfallbürgen** der Sozialversicherungssysteme geworden und als solche mißbraucht worden. Das muß aufhören.

Wer die Lebensfähigkeit der Städte und Gemeinden sichern will, darf auch nicht unverantwortliche **Eingriffe in die Gewerbesteuer** zulassen. Es ist nicht akzeptabel, eine **dramatische Schwächung der Gewerbesteuerbasis** ohne verlässliche Auskunft über den Ausgleich zu beschließen. Auf absehbare Zeit fehlen - das wissen wir - alle Daten für eine verantwortliche Abschätzung der Konsequenzen.

Übrigens sind die **Gewerbesteuerpläne** nicht nur eine **Gefahr** für die Kommunen, sondern auch für den **Mittelstand**. 16% der Unternehmen zahlen Gewerbesteuer; darunter alle Banken und Versi-

cherungen. Die teilweise Gegenfinanzierung durch eine Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen, die vorgeschlagen wird, trafe allerdings alle investierenden Betriebe, d. h. alle Betriebe, die Arbeitsplätze schaffen. Das ist auch ein schwerer Schlag gegen Mittelstand und Handwerk.

Ich warne davor, den Versuch zu unternehmen, eine **Gewerbesteuerreform** gegen die Städte und Gemeinden durchzusetzen. Sie ist **nur im Einvernehmen** mit Städten und Gemeinden durchzusetzen, allemal nur im Einvernehmen mit den Ländern. Es wird im Bundesrat keine Zustimmung zu einer gemeinde- und mittelstandsfeindlichen Neuordnung der Gewerbesteuer geben. Ausgleichsvorschläge, die Gemeinden und Städte an der Umsatzsteuer zu beteiligen, bedingen am Ende natürlich, daß die Mehrwertsteuer vorher erhöht wird. Wie sonst soll die Reform finanziert werden? Dies ist eine - das steckt auch dahinter - beabsichtigte **Umverteilung von unten nach oben**. Das wird verschwiegen.

Meine Damen und Herren, ich bin mit dem Bundesminister der Finanzen darin einig, daß die **Dollarschwäche** eine **große Gefahr** für uns ist. Die bisherige Konjunktur wurde vor allem vom Export getragen. Die anhaltende D-Mark-Aufwertung setzt die deutsche Wirtschaft natürlich unter Druck. Um so mehr kommt es darauf an, jetzt die **Binnenkonjunktur zu stärken**. Das ist die Aufgabe, die wir jetzt haben. Deshalb fordern wir ein **umfassendes Steuer-senkungsprogramm für Arbeitnehmer und Familien**. Das ist ein Gebot der ökonomischen Vernunft und auch der sozialen Gerechtigkeit.

(D) Das muß die Marschrichtung bei der Steuerfreistellung des Existenzminimums zum 1. Januar 1996 sein. Die stärkere Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen ist durch den Verzicht auf die verfassungsrechtlich nicht gebotene Entlastung der höheren Einkommen bei der Freistellung des Existenzminimums solide finanzierbar.

Herr Bundesminister, es ist noch gar nicht so lange her, als Sie, was Ihre Steuerpläne angeht, ein Debakel erlebt haben,

(Oskar Lafontaine [Saarland]: Genau!)

nämlich bei der Anhörung. Heute sagen Sie genau das, was Sie vor drei Tagen und auch vor drei Monaten gesagt haben. Hat diese Anhörung denn nicht stattgefunden? Warum sind die Sachverständigen eingeladen worden? Um zu beraten, oder damit hinterher das gleiche gesagt werden kann, was auch vorher schon gesagt worden ist?

Wir stellen doch gemeinsam fest, daß Familien mit Kindern mehr Hilfe brauchen. Wir sind der Meinung, daß ein **Kindergeld in Höhe von 250 DM angemessen** wäre, und zwar für jedes Kind. Jedes Kind sollte uns gleich viel wert sein. Die Regierungskoalition ist dem ein gutes Stück näher gekommen. 200 DM Kindergeld für alle: Das betrifft ungefähr 90% aller Kinder. Ich sage: Das ist ein begrüßenswerter Schritt nach vorn; zwar noch nicht der entscheidende, aber immerhin!

Klaus Wedemeler (Bremen)

(A) Aber Sie wollen sich auch nicht von **ungerechten Kinderfreibeträgen** verabschieden. Für Kinder von Spitzenverdienern wird es nach wie vor monatlich nicht nur die von Ihnen vorgesehenen 200 DM, sondern noch 77 DM mehr geben. Das ist sozusagen der Design-Zuschlag für die Kinder der Spitzenverdiener, damit sie entsprechend eingekleidet werden können. Es ist aber nicht Aufgabe der Bundesregierung, einen solchen „Design-Zuschlag“ zu „verkaufen“.

Ich will an dieser Stelle auch ein Wort zur **verwaltungstechnischen Organisation** sagen. Ich stelle einmal fest: An den technischen Fragen darf das Ganze nicht scheitern. Daß sich die Koalition mit dieser Frage jedoch jahrelang Zeit gelassen hat, ist nach meiner Meinung auch nicht hinnehmbar.

Die gegenwärtige finanzpolitische Diskussion zeigt: Bund und Länder stehen in den kommenden Wochen und Monaten vor schwierigen Verhandlungen. Dabei geht es - insofern komme ich auf Ihre letzten Worte zurück, Herr Bundesminister - wirklich nicht um Kleinkrämerei. Es geht um viel, viel wichtigere Dinge als das, was Sie uns hier ständig glauben vorhalten zu müssen.

Wir müssen bei all dem, worüber wir insbesondere in bezug auf die von mir angesprochenen Fragen im Vermittlungsausschuß diskutieren, am Ende zu einem tragfähigen Kompromiß kommen - ich betone: zu einem tragfähigen Kompromiß -, und zwar sowohl im Hinblick auf die Gesetze, die zustimmungspflichtig sind, als auch hinsichtlich der Gesetze, die nicht zustimmungspflichtig sind. Ich warne vor einer Taktik, mit der man glaubt, hier eine geschickte Trennung vornehmen zu können.

(B)

Es ist klar, daß im Interesse der Bundesrepublik Deutschland - des Bundes, der Länder, der Städte und Gemeinden - die Finanzpolitik des Bundes korrigiert werden muß. Diese Möglichkeit eröffnen wir heute mit der Anrufung des Vermittlungsausschusses. - Vielen Dank.

Vizepräsident Dr. Manfred Stolpe: Danke, Herr Bürgermeister!

Das Wort hat Ministerpräsident Dr. Stoiber.

Dr. Edmund Stoiber (Bayern): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die SPD-geführten Länder beantragen - Sie haben das hier mit allgemeinen Wünschen und Forderungen untermauert -, wegen des Bundeshaushalts 1995 den Vermittlungsausschuß anzurufen. Ich halte es für etwas seltsam, daß gerade auch jene Länder zusätzliche Forderungen an den Bund richten, die sich mit ihren **eigenen Haushalten in größten Schwierigkeiten** befinden.

Wer kurz nach den Wahlen Haushaltssperren verkünden muß, wer den Kollaps des eigenen Staatshaushalts verkünden oder besorgen muß, wer vom eigenen Rechnungshof darauf hingewiesen wird, daß er trotz Bundeshilfe, und zwar erheblicher Bundeshilfe, wenn ich das aus meiner Sicht beurteilen darf, beim bisherigen Haushaltsgebaren keinen Haushaltsausgleich erreichen kann, der hat für mich

nicht die beste Legitimation, den Bund zu weiterem **Schuldenmachen** aufzufordern. Sie sollten dem Bundesfinanzminister bei seinem Sparkurs meines Erachtens hier nicht in den Arm fallen, zumindest nicht mit der Art von Argumentation, Herr Kollege Wedemeler, die Sie gerade verwendet haben.

(C)

Haben Sie eigentlich einmal allein das zusammengerechnet, was von dem, was Sie hier wörtlich bei der Begründung, warum Sie den Vermittlungsausschuß anrufen wollen, vorgetragen haben, auf den Bund zukommen würde? Wenn das allgemein mit „Umschichtungen“ formuliert wird, müssen Sie, um es in Ihrem Dialekt zu sagen, schon „Butter bei die Fische tun“ und sagen, wo Sie denn einsparen wollen, von denen Sie, an die Adresse des Bundes gerichtet, gesprochen haben.

Wir beklagen die **Glaubwürdigkeitsdefizite** in der Politik. Aber wenn Sie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands bei dem, was Sie hier letztlich alles fordern, überhaupt nicht in Rechnung stellen, suggerieren Sie den Bürgerinnen und Bürgern, daß mehr möglich sei. Sie haben hier den Eindruck erweckt, als komme es nur auf den Willen des Bundesfinanzministers an, als müsse dieser nur in den „Juliussturm“ greifen und könne dann die Milliarden ohne weiteres herausziehen.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Eines paßt nicht in diesen Zusammenhang. Ich will aus der Fülle der Punkte, die Sie hier angegeben haben, nur einen herausgreifen, weil es sonst zu weit führen würde.

(D)

Sie beklagen auf der einen Seite beredt die **Arbeitslosigkeit**, und diese ist in Ihrem Land weiß Gott relativ hoch. Gleichzeitig torpedieren Sie den Versuch des Bundesfinanzministers, in einem wichtigen Punkt - neben vielen anderen - den Standortnachteil Deutschlands dadurch zu verringern, daß die unsinnige **Gewerbekapital- und Gewerbeertragsteuer** reduziert bzw. abgeschafft wird, eine Steuer, die uns im Vergleich zu anderen Ländern außerordentlich große Schwierigkeiten bereitet, was ich als Bayerischer Ministerpräsident ganz erheblich im Verhältnis zu Österreich spüre, wo eine ganz andere Steuerlast besteht, weil es diese Steuer dort nicht gibt.

Wir werden nicht glaubwürdig, wenn wir auf der einen Seite die **Standortqualität Deutschlands** allgemein beklagen, der Bundesfinanzminister dann hier einen klugen Vorschlag mit dem Ziel unterbreitet, die **Gewerbekapitalsteuer** endgültig als eine **Belastung für unsere Wirtschaft** und damit auch der **Arbeitsplätze** abzuschaffen, Sie dann aber einwenden, das betreffe nur die ganz Großen, nur 16 % der Betriebe in Deutschland. Das ist prinzipiell richtig; aber diese 16 % der Betriebe halten 60 % der **Arbeitsplätze** vor. Deshalb muß in diesem Bereich außerordentlich viel geschehen, um einen Teil unserer Standortprobleme mit lösen zu helfen.

Alles, was hier in dieser Richtung getan wird, wird von ihrer Seite gleich kritisiert, und im nächsten Satz beklagen Sie dann wiederum die **Arbeitslosigkeit**. Das paßt meines Erachtens nicht zusammen.

Dr. Edmund Stolber (Bayern)

(A) Es würde deshalb auch den SPD-regierten Ländern gut anstehen, auf die Anrufung des Vermittlungsausschusses zu verzichten. Ich wiederhole: Mit der Anrufung des Vermittlungsausschusses täuschen Sie in der Öffentlichkeit vor, es gebe finanzielle Spielräume, wo es in Wirklichkeit keine gibt.

Sie machen sich unglaublich, wenn Sie einerseits die angeblich zu hohe Staatsverschuldung permanent beklagen, auf der anderen Seite aber immer noch höhere Ausgaben fordern. Das ist ebenso schizophren, wie beim Bund gegen die Schließung von Bundeswehrstandorten zu protestieren, gleichzeitig aber anzukündigen, die Finanzmittel für die Bundeswehr massiv kürzen zu wollen. Das paßt doch nicht zusammen!

Schließlich wissen Sie so gut wie ich, unter welchen schwierigen Rahmenbedingungen der Bundesfinanzminister diesen Haushalt aufstellen mußte. Bedenken Sie, daß wir in den vergangenen Jahren enorme Sonderbelastungen im Haushalt verkraften mußten. Über 400 Milliarden DM wurden von 1991 bis 1994 aus dem Bundeshaushalt in die neuen Länder transferiert. Niemand konnte vorhersehen – ich jedenfalls nicht –, daß das Zusammenwachsen Deutschlands unter derart schwierigen konjunkturellen Bedingungen würde stattfinden müssen.

Wir haben diese Aufbauleistung trotz der schwersten Rezession in der Nachkriegszeit geschafft. Der wirtschaftliche Aufbau in den neuen Ländern ist auch eine Erfolgsgeschichte. Die ostdeutschen Länder sind heute der europäischen Wachstumsspitzenreiter. Die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen den alten und den neuen Bundesländern kommt sichtbar voran. Diese einmalige historische Leistung der Bundesrepublik findet auch internationale Anerkennung.

(B) Ich halte es deswegen – mit Verlaub – nicht für berechtigt, daß auch die jungen Länder oder ein Teil der neuen Länder hier mit der genannten Argumentation, obwohl so viel transferiert worden ist, den Vermittlungsausschuß anrufen wollen, um noch mehr Leistungen aus der Bundeskasse zu bekommen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist auch ihrer internationalen finanzpolitischen Verantwortung gerecht geworden. Für die Entwicklung in Osteuropa haben wir 146 Milliarden DM an Unterstützungsleistungen aufgebracht, mehr als jedes andere Land.

Die Erhöhung der Verschuldung für diese historischen Aufgaben war notwendig und gerechtfertigt. Aber finanzpolitische Solidität verlangt, daß wir die Neuverschuldung auch wieder zurückführen.

Der Bundeshaushalt 1995 trägt diesem Gebot finanzpolitischer Solidität insgesamt Rechnung. Die Haushaltskonsolidierung hat Vorrang. Der Bundesfinanzminister hat sowohl auf der Einnahme- wie auch auf der Ausgabenseite die Spielräume zur Senkung der Neuverschuldung genutzt. Im Ergebnis ist die geplante Neuverschuldung um 20 Milliarden DM geringer, als zunächst geplant. In gleichen Größenordnungen wird auch die für 1994 geplante Nettokreditaufnahme unterschritten.

Zu diesem Sparkurs gibt es letztlich keine Alternative, wenn wir die wirtschaftlichen Grundlagen unseres Landes langfristig sichern wollen. Auch die Deutsche Bundesbank unterstreicht in ihrem Jahresbericht 1994 die herausragende Bedeutung der Haushaltskonsolidierung für die Lösung unserer strukturellen Wirtschaftsprobleme und die Beseitigung der Arbeitslosigkeit. (C)

Es kann heute nicht darum gehen, Wunschcataloge aufzuschlagen. Wer konsequent sparen muß, darf nicht der Versuchung erliegen, etwaige Mehreinnahmen sofort wieder auszugeben.

Sparen bedeutet, auch einmal aktuelle Wünsche zurückzustellen. Sie wissen, daß auch mein Land, der Freistaat Bayern, erhebliche Wünsche an den Bund hat. Ich erinnere nur an den Hochschulbau, den Wohnungs- und den Städtebau oder die Forschung. Natürlich gibt es daneben dringende Projekte zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur oder der Luft- und Raumfahrt und vieles, vieles mehr. Diese Wünsche bestehen selbstverständlich weiterhin. Aber es ist doch angesichts der Staatsquote, der Steuerbelastung der Bürger und der Wirtschaft einfach unmöglich, zusätzliche Forderungen hier und heute durchsetzen zu wollen.

Die internationale Finanzwelt stellt der soliden deutschen Haushalts- und Finanzpolitik ein hervorragendes Zeugnis aus. Das konnten Sie in den letzten Tagen in allen internationalen Zeitungen lesen. Die Deutsche Mark wird international so hoch geschätzt wie selten zuvor. Ich meine dabei nicht die spekulativen Übertreibungen, die nicht im Interesse unserer stark exportabhängigen deutschen Wirtschaft sein können. Ich gehe davon aus, daß sich die Wogen hier in den nächsten Wochen wieder glätten werden, vor allen Dingen, wenn die anderen Länder, insbesondere die Amerikaner, die Ankündigungen wahr machen, die sie auf dem G-7-Treffen vorgebracht haben. Aber es ist doch offensichtlich, daß sich der Sparkurs der Bundesregierung sowohl für den Bürger als auch auf dem internationalen Parkett auszahlt. (D)

Stabile Preise, niedrige Zinsen, gesundes Wirtschaftswachstum und solide Staatsfinanzen – diese Begriffe gehören zusammen. Die Konjunkturerwicklung ist robust, die Erwartung eines realen Wirtschaftswachstums von 3 % ist realistisch. Umgekehrt zeigen die Währungsturbulenzen, die einige europäische Länder erfaßt haben, welche Gefahren aus einem Vertrauensverlust in stabile wirtschaftliche Verhältnisse resultieren. Dies alles zeigt, daß der eingeschlagene Weg grundsätzlich richtig ist.

Ich vermisse deshalb den finanzpolitischen Weitblick, wenn die Mehrheit der SPD-geführten Länder erhebliche zusätzliche Ausgaben fordert, ohne eine realistische Deckung des Mehrbedarfs anzubieten. Nur wenn diese Mehrforderungen durch gezielte Kürzungen oder durch Umschichtungen finanziert werden, ist es seriös und glaubwürdig, an den Bund heranzutreten und Nachbesserungen zu verlangen. Doch Ihre bisherigen Vorschläge zur finanziellen Deckung der geforderten Mehrausgaben sind allenfalls ein Feigenblatt. Wie mikroskopisch klein dieses

Dr. Edmund Stoiber (Bayern)

- (A) Feigenblatt zudem ist, erkennt man schon daran, daß sich die SPD-regierten Länder heute im Plenum – jedenfalls nach Ihren Ausführungen – nicht trauen, ihre bezifferbaren Forderungen aus den Anträgen im Finanzausschuß zu wiederholen. Sie kaschieren ihre Forderungen ohne finanzpolitische Deckung in einem wohlklingenden politischen Forderungskatalog. Aus der Gesamtverantwortung des Bundesrates kann ich nur an Sie appellieren, einzusehen, daß dieses Schwarzer-Peter-Spiel relativ wenig Sinn macht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir weiterhin den Eindruck erwecken, die Erfüllung aller Forderungen, die Sie hier gestellt haben – von der Kohle über die Werften, die Forschung und Entwicklung, die Luft- und Raumfahrt bis zur Arbeitslosenhilfe etc. –, sei vom Bundesrat im Vermittlungsausschuß zu leisten, dann sage ich Ihnen: Sie malen hier Wunschgemälde an die Wand. Sie suggerieren der Bevölkerung, es liege am bösen Willen der Bundesregierung, daß dieses alles nicht erfüllt werde. Sie malen hier etwas an die Wand und wundern sich dann, wenn die Leute enttäuscht sind und die Politik Glaubwürdigkeitsdefizite hat. Deshalb besteht meines Erachtens keine Notwendigkeit, den Haushalt in dieser Art und Weise in Frage zu stellen.

Vizepräsident Dr. Manfred Stolpe: Danke, Herr Ministerpräsident!

Das Wort hat Herr Minister Schleußer.

- (B) **Heinz Schleußer** (Nordrhein-Westfalen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dem Bundesrat liegt heute der Antrag vor, zum Bundeshaushalt 1995 den Vermittlungsausschuß anzurufen. Es geht um Aufgabenfelder, bei denen wir einen dringenden Handlungsbedarf sehen. Die Bundesregierung und die Koalition im Bundestag sind hier entweder untätig geblieben, oder ihr Handeln reicht nicht aus.

Der Bundesrat hatte bereits im ersten Durchgang Änderungen gefordert. Wir mußten allerdings feststellen: Die Bundesregierung und die Koalition waren lediglich bei der Koks-kohle bereit, eine Verständigung zu suchen. In den übrigen Bereichen bleibt deshalb nur der Weg über den Vermittlungsausschuß.

In dem vorliegenden Plenarantrag sind zunächst die Aufgabenfelder angesprochen, die von Bund und Ländern gemeinsam finanziert werden: **Wohngeld, Wohnungsbau, BAföG, Hochschulbau und Werftthilfen.**

Wir finden, eine **Novellierung des Wohngeldgesetzes ist überfällig.** Auch nach der Koalitionsvereinbarung von CDU, CSU und F.D.P. soll das Wohngeldgesetz an die „Einkommens- und Mietentwicklung“ angepaßt werden. Wir wollen hier handeln. Die Koalition will hier handeln. Wo also ist denn eigentlich das Problem? Ich meine, man muß gemeinsam eine Lösung suchen.

Beim **Wohnungsbau** gibt es Probleme vor allen Dingen in Ballungszentren. Hier brauchen wir ausreichend Wohnraum; ich ergänze: Wir brauchen aus-

reichend bezahlbaren Wohnraum. Deshalb ist es falsch, die Mittel für den Wohnungsbau von 700 auf 140 Millionen DM zu kürzen. Das muß korrigiert werden. Das heißt, der Bund soll seine Mittel nicht erhöhen; er muß die ursprünglich vorgesehenen Mittel bereitstellen. (C)

Beim **BAföG** hatten wir bereits im letzten Jahr einen Kompromiß gefunden, dem die Mehrheit im Bundestag aber nicht gefolgt ist. Wir konnten in dieser Woche feststellen, daß sich die Bundesregierung auf unsere Vorstellungen zubewegt. Unsere Forderung trägt also Früchte. Lassen Sie uns im Vermittlungsausschuß hierüber reden!

Zum **Hochschulbau:** Hier haben die Länder Vorleistungen erbracht. Der Bund muß nun seinen Teil dazu beisteuern. Der Bund darf sich dem nicht länger entziehen.

Auch bei den Hilfen für die deutsche **Werftindustrie** muß etwas getan werden; das ist soeben bereits dargestellt worden. Die Chancen dafür gibt es nur noch in diesem Jahr. Danach geht über die OECD-Vereinbarung zu den Wettbewerbsbedingungen im Schiffbau nichts mehr.

In diesen Bereichen müssen wir etwas tun und gemeinsam bereit sein, zusätzliche Belastungen zu tragen – zusätzliche Belastungen aber nicht nur beim Bund. Auch die Länder müssen zusätzliche Mittel bereitstellen. Hier werden keine Lasten zwischen den Ebenen verschoben. Jede Ebene muß die zusätzlichen Ausgaben entsprechend ihrem Finanzierungsanteil tragen. Wir – die antragstellenden Länder – sind dazu bereit. Wir fordern die Regierungskoalition auf, mit uns zu handeln. (D)

Meine Damen und Herren, wir erwarten eine **Kostenbeteiligung des Bundes bei den Kindergartenplätzen.** Der Bundesrat hatte bei seiner Zustimmung zur Neuregelung des § 218 und der Begleitmaßnahmen diese notwendige Beteiligung des Bundes eingefordert. Auch im Bundestag wurde eine solche Beteiligung des Bundes anerkannt. Ich verweise auf den damaligen Gesetzentwurf und auf die Empfehlung des Haushaltsausschusses des Bundestages.

Allerdings ist der Weg über die Umsatzsteuerverteilung zwischen Bund und Ländern – wie im Bundestag vorgesehen – nicht geeignet. Der richtige Weg führt über eine anteilmäßige **Mitfinanzierung des Bundes der Investitionskosten.** Der weit überwiegende Teil der Kosten bei den zusätzlich notwendigen Kindergartenplätzen bleibt bei Ländern und Gemeinden, auch bei einer Bundesbeteiligung.

Aus der Koalition ist hin und wieder zu hören, der Länderanteil an der Umsatzsteuer sei wegen dieser Belastung von 37 % auf 44 % erhöht worden. Wir wissen: Das ist falsch. Wer die Zusammenhänge kennt, weiß: Diese Erhöhung hat ausschließlich mit der **Einbeziehung der neuen Länder in den Finanzausgleich** zu tun. Wir bleiben bei der Basis, die wir 1993 gefunden haben. Herr Bundesfinanzminister, Sie sagen, wir sollten uns aufmerksam die Zahlen ansehen und danach neu rechnen. Dazu sind wir bereit. Nur

Heinz Schleußer (Nordrhein-Westfalen)

- (A) haben wir dabei die Erwartung, daß nicht nur die Entwicklung auf der Ländersseite, sondern auch die des Bundes gesehen wird. Das war unsere Zusage, und daran halten wir uns.

Meine Damen und Herren, unser wichtigstes Anliegen war und ist: **keine weitere Verlagerung von Bundesaufgaben auf die Gemeinden**. Eine Kappung der Arbeitslosenhilfe wird es mit uns nicht geben. Das Verschieben von Lasten von einer auf die andere Ebene hat nun wirklich nichts mit Haushaltskonsolidierung zu tun. Wer immer mehr auf die **Sozialhilfe** abwälzt, provoziert geradezu die Forderung, den Verursacher an diesen Kosten zu beteiligen.

Nun gibt es – das haben wir heute wieder aus der Regierungskoalition gehört – den Vorwurf, für die zusätzlichen Ausgaben gebe es keine hinreichenden Deckungsvorschläge. Wir sind noch nicht im Vermittlungsausschuß. Ich bin mir sicher, daß im Vermittlungsausschuß nicht nur Forderungen gestellt werden, sondern auch eine entsprechende Deckung gesucht werden wird.

- (B) Darüber hinaus möchte ich sagen: Aus guten Gründen nehmen wir uns selbst in eine zusätzliche Finanzverpflichtung, so schwer das auch fällt. Der Handlungsbedarf in bestimmten Aufgabenfeldern zwingt einfach dazu. Angemessen ist die Lastenteilung, weil sowohl der Bund als auch Länder die zusätzlich notwendigen Finanzmittel bereitstellen. Wir wollen nicht alleine den Bund in die Verpflichtung nehmen. Eine Zumutung ist es allerdings, auch die Kappung der Arbeitslosenhilfe in diese Ausgleichsbetrachtung einzubeziehen. Die Regierungskoalition kann von uns keinen Deckungsvorschlag für Lastenverlagerungen verlangen. Das wäre geradezu absurd.

Im Vorfeld der heutigen Beratungen des Haushalts im Bundesrat waren Vorwürfe aus Kreisen der Regierungskoalition zu hören, durch ein Vermittlungsverfahren würden die Mittelabflüsse verzögert, worunter besonders die neuen Länder zu leiden hätten. Von „**Blockadepolitik**“ war in der Vergangenheit und auch heute wieder die Rede. Für die antragstellenden Länder kann ich erklären: Wir wollen ein zügiges Vermittlungsverfahren. An **Konsensbereitschaft** auf unserer Seite wird es nicht fehlen. Wir erwarten allerdings auch **Kompromißbereitschaft** von Bundesregierung und Koalition. Bereits in der nächsten Sitzung des Bundesrates am 12. Mai können wir uns erneut mit dem Bundeshaushalt 1995 befassen, also nur drei Wochen später. Bei der Bedeutung der Aufgabenfelder, um die es hier geht, ist diese Verzögerung vertretbar.

Den Vorwurf der Blockade muß ich zurückweisen. Das Grundgesetz hat den Weg über den Vermittlungsausschuß vorgesehen, wenn sich Bundestag und Bundesrat nicht über ein Gesetz einigen können. Weder die Bundesregierung noch die Koalition waren bisher bereit, ein insgesamt akzeptables Ergebnis vorzulegen. Darum die notwendige Feststellung: Der Bundesrat ist nicht der Ort, an dem Entscheidungen der Regierungskoalition einfach nur abzusegnen sind.

- (C) Wie wir wissen, gab es diesen Vorwurf auch bereits im vergangenen Jahr. Wie sich aber herausstellte, lag er immer ein wenig neben der Sache. In der Mehrzahl der Fälle, in denen in den letzten Jahren ein Vermittlungsverfahren anstand, haben nicht allein die SPD-geführten Länder diesen Weg beschritten. Wir haben der Regierungskoalition keine Blockadepolitik vorgeworfen, wenn sie Gesetzesinitiativen des Bundesrates im Bundestag ablehnt, hängen läßt, oder wenn sie Kompromißergebnisse des Vermittlungsausschusses ablehnt.

Meine Damen und Herren, die vorliegenden Antragsbegehren zielen überwiegend auf Bereiche, die alle Länder betreffen. Auch die neuen Länder müssen ein Interesse daran haben, das **Wohnungsgesetz zu novellieren**, die **BAföG-Leistungen zu verbessern**, für den **Hochschulbau mehr Mittel** bereitzustellen und die **Arbeitslosenhilfe nicht auf die Sozialhilfe zu verlagern**.

Darum appelliere ich an alle Länder, den vorliegenden Antrag zu unterstützen.

Vizepräsident Dr. Manfred Stolpe: Danke, Herr Minister!

Das Wort hat Herr Minister Mayer-Vorfelder.

- (D) **Gerhard Mayer-Vorfelder** (Baden-Württemberg): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mit großer Aufmerksamkeit die Ausführungen zur Kenntnis genommen, die hier gemacht worden sind, um den Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses zu begründen. Es müssen schon durchschlagende Gründe sein, weshalb man mit der Tradition bricht, daß der **Haushalt** nicht dem Vermittlungsausschuß zugewiesen und als das betrachtet wird, was er tatsächlich ist, nämlich als **Sache des Bundes**. Aber trotz großer Aufmerksamkeit habe ich keinen stichhaltigen Grund vernommen.

(Klaus Wedemeier [Bremen]: Das ist doch Ihr Problem!)

– Der 14. Mai, Herr Wedemeier – ich sage das, weil Sie mich gerade anschauen –, schimmert durch alle Ritzen.

Daß es hier nicht mehr um Interessen der Länder, sondern darum geht, **Parteilpolitik in den Bundesrat zu tragen**, ist für mich eine sehr bedauerliche Feststellung. Wenn das dann noch nach einem Muster geschieht, das normalerweise den Mechanismen der Länderparlamente entspricht, in denen sich Regierung und Opposition gegenüberstehen, wenn man also ein solches Verfahren in den Bundesrat trägt, dann ist das eine **Denaturierung des Verfassungsauftrages der Länderkammer**.

(Zuruf Klaus Wedemeier [Bremen])

– Herr Kollege Wedemeier, das ist nach der gleichen Masche gestrickt worden, wie es sonst von seiten der Opposition vorgetragen wird, indem man nämlich, wie von Ihnen geschehen, zunächst die großen Lücken in der mittelfristigen Finanzplanung darstellt

Gerhard Mayer-Vorfelder (Baden-Württemberg)

- (A) und hinterher mit Milliardenforderungen kommt, ohne eine Deckung nachzuweisen. Das ist unseriös. Dazu kann ich nur sagen, Herr Kollege Wedemeier: Si tacuisses, philosophus mansisses.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jeder, der die Zahlen nüchtern betrachtet, was notwendig ist, muß bei allen Mängeln, die jeder Haushalt in sich birgt, anerkennen, daß der Bund größte Anstrengungen unternimmt, um im Blick auf die **hohe Staatsquote** und die **Belastung künftiger Generationen** die Zuwachsrate des Haushaltes so gering wie möglich zu halten. Wer ehrlich ist und seine eigenen Haushalte anschaut, muß zugeben, daß er mit großer Dankbarkeit erfüllt wäre, wenn es ihm gelänge, einen Haushalt zu vollziehen, der eine Zuwachsrate von nur 1,3 % enthält.

Natürlich ist es einfach, das, was im Bundestag gesagt wird, hier aufzunehmen und dem Bund Verschuldung, eine hohe Abgaben- und Staatsquote in die Schuhe zu schieben, gleichzeitig aber große Forderungen zu stellen, wie Sie, Herr Kollege Schleußer, es auch getan haben. Wenn Sie sich dagegen wehren, daß immer mehr Verantwortung einfach von oben nach unten verschoben wird, dann gilt das natürlich auch umgekehrt.

(Heinz Schleußer [Nordrhein-Westfalen]:
Belastungen, nicht Verantwortung!)

– Belastungen, ja. Ich danke Ihnen, daß Sie mir das richtige Stichwort geben. Dann gilt das natürlich auch für die Aufgaben, bei denen die Verantwortung eben unten liegt, sofern die Begriffe „oben“ und „unten“ überhaupt stimmen, also bei den Ländern und Kommunen. Dann können Sie nicht eine **Beteiligung des Bundes an den Kosten für Kindergartenplätze** oder an den **Sozialhilfekosten** fordern. Sie kennen die Regelung des Grundgesetzes genauso gut, wie ich sie kenne.

(B)

Wenn wir den Vollzug des **Föderalen Konsolidierungsprogramms** anmahnen, dann sollten wir als Vertreter der Länder uns doch einmal an die eigene Brust klopfen und fragen, ob wir alle Verpflichtungen erfüllt haben. Ich habe die Papiere noch zu Hause liegen, in denen alle Finanzminister einmütig bestimmte Forderungen aufgestellt haben, von denen sie hinterher abgerückt sind, obschon sie sie selber hätten erfüllen müssen. Das gilt insbesondere im Hinblick auf Kompensationen in sozialpolitischen Bereichen.

Herr Kollege Wedemeier, ich hätte von Ihnen ein Dankeschön an den Bund für das erwartet, was dieser tut

(Klaus Wedemeier [Bremen]: An das Bundesverfassungsgericht!)

– ja, gut, dann sagen Sie dem **Verfassungsgericht** auch noch ein Dankeschön; dagegen habe ich nichts –, was der Bund also in Erfüllung dessen, was das Bundesverfassungsgericht gesagt hat, für das Land Bremen tut. Wenn Sie große Sparvorschläge hätten machen wollen, hätten Sie vielleicht ein Wort zur **Länderneugliederung** sagen können. Dies würde manche Problemstellungen auch im **Länderfinanzausgleich** auf eine ganz andere Ebene bringen.

Wenn ich sage: Es ist über Jahrzehnte ein guter (C) Brauch gewesen, den Bundeshaushalt passieren zu lassen und die Wünsche der Länder in Entschließungsanträge zu kleiden, hätte ich überhaupt kein Problem gehabt, Herr Kollege Schleußer – das hat auch Herr Ministerpräsident Stoiber gerade gesagt –, einen Entschließungsantrag zu unterschreiben, in dem der Bund aufgefordert wird, die Mittel für die Hochschulbauförderung auf 2,3 Milliarden DM zu steigern, weil auch ich hier die Beträge wirklich für zu niedrig halte. Nur hätte ich dafür – das muß ich genauso sagen – auch keinen Deckungsvorschlag.

Wenn ich schon keinen Deckungsvorschlag in solchen Größenordnungen habe – dabei wäre es um eine Erhöhung von 1,8 Milliarden DM auf 2,3 Milliarden DM gegangen –, wie wollen Sie dann Deckungsvorschläge in einer Größenordnung von 20 bis 30 Milliarden DM im Vermittlungsausschuß machen? Herr Kollege Wedemeier, Herr Kollege Schleußer, ich bitte Sie, mir das einmal darzulegen. Sie reden nicht mehr vom **Verteidigungshaushalt**. Dieser lag früher immer in der großen Schublade, aus der man Deckungsvorschläge herausziehen konnte. Zwischenzeitlich ist die Situation eine ganz andere geworden. Heute wenden sich alle Länder gegen den Bund, weil im Zuge der **Neustrukturierung der Bundeswehr Standorte geschlossen** werden. Eine solche Liebe zur Bundeswehr wie jetzt in diesen Tagen habe ich bei SPD-regierten Ländern noch nie festgestellt. Deshalb glaube ich nicht, daß aus dem Verteidigungshaushalt Deckungsvorschläge gemacht werden könnten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage (D) noch einmal: Wenn ich überzeugende Gründe dafür gehört hätte, den Vermittlungsausschuß anzurufen, dann wäre ich zumindest nachdenklich geworden. Solche Gründe kann ich aber nicht erkennen. Ich bin eher der Meinung, daß der **Bundesrat** immer mehr als ein **Verweigerungs- und Blockadeinstrument** benutzt wird. Dieses kann auf die Dauer nicht gutgehen. Wenn dann, Herr Kollege Wedemeier, schon der nächste Punkt, das **Jahressteuergesetz**, anvisiert wird, dann schwant mir Übles.

(Klaus Wedemeier [Bremen]: Ihnen auch?)

– Ja. Wenn Sie schon wieder die Umverteilung von unten nach oben im Zusammenhang mit der **Unternehmensteuerreform** ansprechen, dann wird es sehr, sehr schwierig werden. Wenn ich mir überlege, daß man jetzt eine Fristverlängerung beantragt hat, obwohl in all den Gremien, in denen diese Fragen erörtert worden sind, im Grunde genommen überhaupt kein stichhaltiges Argument dafür genannt werden konnte, weshalb man diese Verlängerung verlangt, dann werde ich in der Meinung bestätigt, die ich eben geäußert habe.

Wofür die Blockierung des Bundeshaushalts über längere Zeit gut sein soll, das werden Sie der Bevölkerung erläutern müssen. Das werden auch die Ministerpräsidenten der neuen Länder, soweit sie von der SPD regiert sind und diesem Antrag nachher zustimmen werden, ihrer Bevölkerung dort erläutern müssen, da in diesem Haushalt **Hilfen für die neuen Länder** – Finanzhilfen, Ergänzungszuweisungen – in

Gerhard Mayer-Vorfelder (Baden-Württemberg)

- (A) einer Größenordnung von **35 Milliarden DM** stehen. Die Hälfte des Investitionsvolumens, das im Bundeshaushalt 72 Milliarden DM ausmacht, fließt in die neuen Länder. Deshalb ist das, was hier diskutiert wird, für mich sehr schwer nachvollziehbar.

Ich weiß, daß diese Appelle und die Bitte verhallen werden, ohne Resonanz zu finden. Aber dennoch sage ich: Der **Bundesrat** wäre gut beraten, wenn er seine Blockadepolitik, die in den Präsidien von Parteien beschlossen wird, aufgeben und sich auf das besinnen würde, was er sein soll: **Vertretung der Interessen der Länder**, nicht aber ein Parteiorgan.

Deshalb meine Bitte: Geben Sie diese Blockadehaltung auf! Ich bitte Sie im Interesse einer funktionsfähigen Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern, im Interesse eines föderalen Systems, gegebenenfalls Entschließungsanträge zu fassen, aber nicht den Vermittlungsausschuß anzurufen.

Vizepräsident Dr. Manfred Stolpe: Danke, Herr Minister.

Das Wort hat Bundesminister Dr. Waigel!

Dr. Theodor Waigel, Bundesminister der Finanzen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich kurz auf die vier Reden der Mitglieder des Bundesrates eingehen. Das waren zwei „Subventionsreden“, nämlich eine von Ihnen, Herr Bürgermeister Wedemeier, und eine von Ihnen, Herr Finanzminister Schleußer, und zwei staatspolitische Reden:

(Heiterkeit)

von Ministerpräsident Stoiber und Finanzminister Mayer-Vorfelder. Eigentlich wurden nur die beiden letzteren dem gerecht, was an staatspolitischer Gesamtverantwortung hier hätte deutlich gemacht werden müssen.

Herr Bürgermeister Wedemeier, Ihre Rede wird Ihnen in Bremen auch nicht mehr weiterhelfen; denn den **Zielkonflikt „Kohle“** zwischen NRW und Bremen haben Sie nicht hinreichend dargelegt. Ich kann mir nicht vorstellen, daß alle Bürger von Bremen hier gleicher Meinung angesichts dessen sind, was an Disparität bei der Anlandung entsteht. Wenn Sie die Gesichtszüge Ihres Hamburger Kollegen während Ihrer Rede gesehen hätten, dann wäre Ihnen deutlich geworden, welche Minderheit Sie hier vertreten.

(Heiterkeit)

Zum **Existenzminimum**: Herr Wedemeier, ich wäre Ihnen dankbar gewesen, wenn Sie zum Volumen etwas gesagt hätten. Über die Ausgestaltung werden wir uns noch unterhalten. Wollen Sie ein höheres Volumen? Welche Gegenfinanzierungsvorschläge wollen Sie machen? In dieser Hinsicht sind Sie jede Andeutung schuldig geblieben. Daß die **Grundentlastung**, die wir vorgeschlagen haben, in erster Linie die Geringerverdienenden betrifft, das müßten Sie nun wirklich aus der Lektüre der gesamten Tarif- und Grundentlastungsdiskussion wissen.

Beim **Familienleistungsausgleich** wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie mir sagten, wie ein Einheitskindergeld von 250 oder 270 DM bei einer Größenordnung von etwa 13 Milliarden DM finanzierbar ist. Von daher ist das Optionsmodell unter Einschluß auch von Freibeträgen das finanzpolitisch einzig Machbare in absehbarer Zeit.

Was die **Sozialhilfe** und die Verschiebung angeht, so kann ich Ihnen nur sagen, daß die notwendige und von uns allen – so hoffe ich – auch künftig bejahte **Asylregelung** nicht möglich gewesen wäre, wenn es nicht auch den finanzpolitischen Druck bei Kommunen und Ländern gegeben hätte. Ich lade Sie wirklich ein, auch bei der weiteren Konzentration der Sozialhilfe mitzuarbeiten.

Vom Kollegen Schleußer war ich ursprünglich – auch aus früheren Unterhaltungen – der Meinung, er sei ein beredter Kämpfer gegen die Erhöhung von Defiziten. Ich frage mich nur: Wo ist dieser Kämpfer geblieben? Es war eine Addition von Problemen: Wohngeld, Wohnungsbau, Werften, BAföG, Kindergartenplätze, mit dem dann folgenden hehren Ausspruch, über Deckung werde man im Vermittlungsausschuß reden. Lieber Herr Schleußer, Sie könnten dazu doch vielleicht auch vor dem 14. Mai 1995 etwas aussagen.

(Heinz Schleußer [Nordrhein-Westfalen]:
Der Vermittlungsausschuß tritt vor dem
14. Mai zusammen, am 11. Mail)

Denn ich hätte von Ihnen eigentlich schon erwartet, daß Sie hier etwas konkreter sein würden, als Sie es gewesen sind. Hier ist eindeutig erkennbar, daß Taktik und Strategie über gemeinsame Anliegen gesiegt haben.

Was übrigens die **Deckungsquotenberechnung** angeht, so werden wir diese miteinander durchführen müssen. Nach unserer Meinung gibt es im Jahre 1995 **bei den Ländern** eine Deckungsquote von **93,5 %**, **beim Bund** eine Deckungsquote von **89,7 %**. Darüber werden wir, wie ich meine, reden müssen.

Nun, zum Schluß, nochmals zu der Debatte. Sie müssen sich darüber im klaren sein, daß Sie eine Antwort auf folgende Fragen geben müssen: Wollen Sie höhere Defizite mit, wie ich meine, negativen Auswirkungen auf das Vertrauen, negativen Auswirkungen auf die Stabilität, mit negativen Auswirkungen auch auf die Zinsentwicklung in Deutschland? Oder wollen Sie eine realistische, symmetrische Politik, bei der wir miteinander die **Staatsquote zurückführen, Defizite reduzieren** und versuchen, die **Steuer- und Abgabenlast** in den nächsten Jahren zu **verringern**? Dem versuchen wir mit dem Haushalt und unserer künftigen Finanzpolitik gerecht zu werden.

Es ist in den letzten Jahrzehnten nur ganz selten der Fall gewesen, daß der Bundesrat den Haushalt abgelehnt hat. Sie haben das hier teilweise mit dem Versuch einiger politischer Kräfte von Ihnen getan, um damit die Mehrheitsverhältnisse dessen, was sich bei der vorigen Bundestagswahl ergeben hat, umzukehren. Sie werden damit keinen Erfolg haben.

(A) **Vizepräsident Dr. Manfred Stolpe:** Danke, Herr Bundesminister!

Das Wort hat Ministerpräsident Lafontaine.

(Klaus Wedemeier [Bremen]: Gib's ihm, Oskar!)

Oskar Lafontaine (Saarland): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Ausführungen des Kollegen Mayer-Vorfelder und des verehrten Herrn Bundesfinanzministers veranlassen mich doch zu einigen Klarstellungen.

Erstens. Ich bitte wirklich darum, nicht immer so zu tun, als sei die jeweils andere Meinung Obstruktion oder Uneinsichtigkeit, oder welche Vokabeln dabei immer benutzt werden. In der Demokratie ist es nun einmal so, verehrter Herr Kollege Mayer-Vorfelder, daß es unterschiedliche Meinungen gibt. Das ist keine Obstruktion, das ist keine Blockade, sondern das ist nun einmal so. Es führt nicht weiter, wenn die eine Seite der jeweils anderen „Blockade“ oder „Obstruktion“ vorwirft. Insofern meine ich schon – wir haben doch heute morgen zusammen vernünftig Kaffee getrunken –, wir sollten davon ausgehen, daß es unterschiedliche Meinungen gibt. Ich sage hier noch einmal für diejenigen, die auf meine Argumente etwas stärker eingehen, daß wir eine Lösung wünschen.

Zweitens. Es soll hier nicht darum gehen, die Mehrheiten, die die Bürgerinnen und Bürger für den Bundestag gewählt haben, zu gefährden oder umzudrehen. Hier möchte ich Sie doch leicht korrigieren, Herr Bundesfinanzminister, ohne die „Kaffeehausatmosphäre“ heute morgen allzustark zu trüben. Es ist nun einmal so: Wir haben zwei Verfassungsgremien. Das eine Verfassungsorgan ist der Bundestag, das andere ist der Bundesrat. Nun haben es die Verfassungsväter einmal so gehalten –

(B)

(Dr. Edmund Stoiber [Bayern]: Auch Verfassungsmütter!)

– Und -mütter natürlich, Herr Kollege Stoiber. Daß Sie das sagen, ist ein Erfolg der Frauenbewegung in ganz Deutschland.

(Große Heiterkeit und Zurufe)

Das möchte ich hier einmal festhalten.

Die Verfassungsmütter und die Verfassungsväter haben es nun einmal so gehalten, daß der Bundesrat, der die Gemeinden und die Länder in erster Linie zu vertreten hat – und natürlich die Bürgerinnen und Bürger, die in diesen Gemeinden und Ländern wohnen –, bei bestimmten Fragen mitzureden hat. Das werden wir nicht ändern können.

Deshalb komme ich noch zu den hier angesprochenen Sachfragen.

Erstens. Wir haben Vorstellungen zum Familienlastenausgleich, zur Verbesserung der Situation der Familien, und Sie haben Vorstellungen dazu. Wir haben uns heute morgen gemeinsam darauf verständigt, daß wir zum 1. Januar eine Lösung finden müssen und daß wir einen Kompromiß finden werden.

Zweitens. Bei der Unternehmensteuerreform sind wir nun einmal grundsätzlich anderer Auffassung in der Sache. Die Argumente sind ausgetauscht. Ich brauche sie nicht zu wiederholen.

(C)

Drittens. Beim Existenzminimum liegen unsere Eckwerte vor. Ich räume durchaus ein, daß wir die exakte Kurve noch nicht gezogen haben. Aber es liegen schon so viele Kurven vor, Herr Kollege Waigel, daß man gut beraten ist, sich die endgültige Festlegung der Kurve genauestens zu überlegen.

Ich möchte wirklich darum bitten, Schwierigkeiten, die beispielsweise innerhalb der Koalition entstanden sind – die Sie zu harten verbalen Attacken etwa auf Graf Lambsdorff veranlaßt haben; ich wage gar nicht, diese zu wiederholen; der Kollege Stolpe würde mich sonst hier rügen müssen –, oder eben andere Auseinandersetzungen, z. B. um den „Kohlepfennig“ – das möchte ich nämlich auch erwähnen, weil gesagt worden ist, der Bundesrat mache sich keine Gedanken um die Bundesfinanzen –, nicht hier auszutragen. Wir haben hier eine andere Lösung angeboten, weil wir der Auffassung sind, daß es in der gegenwärtigen Situation nun wirklich „hirnrißig“ ist – Herr Präsident, ich bitte um Entschuldigung –, die Strompreise zu senken – nachdem alle Parteien auf Klimagipfeln oder sonstwo herumstehen, senken wir jetzt die Strompreise! Wir haben hier Lösungen angeboten.

Wenn wir alle Argumente gegeneinander abwägen, dann sollten wir schon sehen, daß wir in entscheidenden Fragen in den nächsten Wochen und Monaten eine Lösung brauchen. Das eine ist, daß wir die Familien besser stellen müssen. Ich gehe davon aus, daß wir dafür eine Lösung finden. Das zweite ist, daß wir den wirklich nicht haltbaren Zustand beenden, daß uns das Verfassungsgericht sagt: „Ihr steuert den Leuten viel zuviel weg, insbesondere von unten her in der Steuertabelle.“ Diesen unhaltbaren Zustand müssen wir aus sozialpolitischen Gründen beseitigen, und auch dafür werden wir eine Lösung finden. Dabei gibt es eben nur einen Weg, nämlich daß man aufeinander zugeht. Aber nachdem Herr Kollege Stoiber „Verfassungsmütter“ dazwischengerufen hat, möchte ich insoweit das Wort „Staatsmann“ stehenlassen.

(D)

(Heiterkeit)

Vizepräsident Dr. Manfred Stolpe: Danke, Herr Ministerpräsident! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Je eine Erklärung zu Protokoll *) geben Minister Geiß aus Mecklenburg-Vorpommern und Senator Radunski aus Berlin.

Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu liegen vor: die Ausschußempfehlungen in Drucksache 190/1/95 sowie die Landesanstträge in Drucksachen 190/2 bis 4/95.

Die Anrufung des Vermittlungsausschusses wird aus mehreren Gründen begehrt. Ich frage daher zunächst: Wer möchte den Vermittlungsausschuß –

*) Anlagen 1 und 2

Vizepräsident Dr. Manfred Stolpe

(A) gleich aus welchen Gründen – anrufen? – Hierzu hat Schleswig-Holstein Abstimmung durch Aufruf der Länder beantragt. Ich bitte den Schriftführer, die Länder aufzurufen.

Dr. Rolf Krumsiek (Nordrhein-Westfalen), Schriftführer:

Baden-Württemberg	Enthaltung
(Heiterkeit)	
Bayern	Nein
Berlin	Ja
Brandenburg	Ja
Bremen	Ja
Hamburg	Ja
Hessen	Ja
Mecklenburg-Vorpommern	Enthaltung
Niedersachsen	Ja
Nordrhein-Westfalen	Ja
Rheinland-Pfalz	Ja
Saarland	Ja
Sachsen	Nein
Sachsen-Anhalt	Ja
Schleswig-Holstein	Ja
Thüringen	Enthaltung

Vizepräsident Dr. Manfred Stolpe: Das ist die Mehrheit für die Anrufung des Vermittlungsausschusses.

(B) Wir sind übereingekommen, zunächst über den Antrag der zehn Länder in Drucksache 190/4/95 abzustimmen, der die Ausschlußempfehlungen ersetzen soll.

Wer ist für den 10-Länder-Antrag? – Das ist die Mehrheit.

Damit sind die Ausschlußempfehlungen in Drucksache 190/1/95 erledigt.

Antrag des Landes Niedersachsen in Drucksache 190/2/95! Das Handzeichen bitte, wer dafür ist! – Minderheit.

Nun der Antrag Niedersachsens in Drucksache 190/3/95! Wer ist dafür? – Minderheit.

(C) Damit hat der Bundesrat beschlossen, zu dem Gesetz den Vermittlungsausschuß gemäß Artikel 77 Abs. 2 des Grundgesetzes aus den zuvor beschlossenen Gründen anzurufen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 2 auf:

Geschäftsordnung für den Vermittlungsausschuß (Drucksache 229/95)

Der Bundestag hat am 26. April 1995 beschlossen, die Geschäftsordnung für den Vermittlungsausschuß nach Maßgabe der in Drucksache 229/95 wiedergegebenen Änderungen für die 13. Wahlperiode zu übernehmen. Für diese Geschäftsordnung ist nach Artikel 77 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes die Zustimmung des Bundesrates erforderlich.

Wer der Geschäftsordnung für den Vermittlungsausschuß mit den vom Deutschen Bundestag beschlossenen Änderungen zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Das ist eindeutig die Mehrheit. – Ich danke Ihnen.

Ich stelle fest, meine Damen und Herren, daß wir die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt haben.

(D) Ich möchte noch darauf hinweisen, daß um 12.00 Uhr die gemeinsame Gedenkfeier von Bundestag und Bundesrat anlässlich des 50. Jahrestages des Kriegsendes im Plenarsaal des Deutschen Bundestages stattfindet. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden gebeten, ihre Plätze rechtzeitig einzunehmen. Die Künstler, die sonst unnötig gestört würden, werden Ihnen dankbar sein.

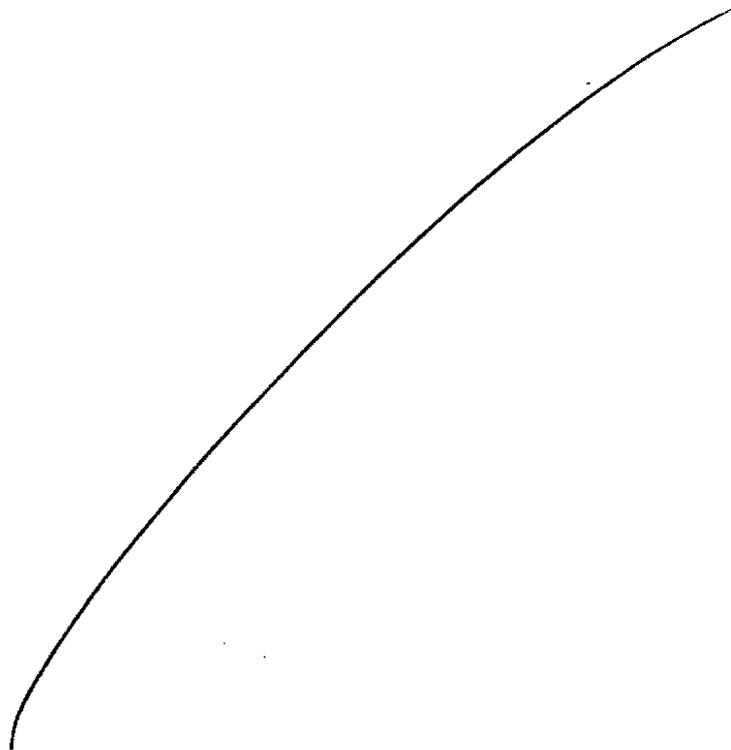
Die nächste Sitzung des Bundesrates berufe ich ein auf Freitag, den 12. Mai 1995, 9.30 Uhr.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß: 10.15 Uhr)

Feststellung gemäß § 34 GO BR

Einsprüche gegen den Bericht über die 682. Sitzung sind nicht eingelegt worden. Damit gilt der Bericht gemäß § 34 GO BR als genehmigt.



(A) Anlage 1

Erklärung

von Minister **Rudolf Geil**
(Mecklenburg-Vorpommern)
zu **Punkt 1** der Tagesordnung

Mecklenburg-Vorpommern enthält sich zur Frage der Anrufung des Vermittlungsausschusses der Stimme. Die Landesregierung sieht aber Handlungsbedarf in folgenden Bereichen:

- Die Hilfen für die deutsche Wertindustrie sind zu erhöhen. Der Bundesanteil an dem fortzuführenden Wettbewerbshilfeprogramm sollte auf 50 v. H. festgelegt werden.
- Die vorgesehenen Kürzungen bei der Arbeitslosenhilfe mit der Folge der Lastenverlagerung auf die von der kommunalen Ebene zu tragende Sozialhilfe sind zurückzunehmen.
- Der Ansatz für die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau sollte auf 2 Milliarden DM aufgestockt werden.

Anlage 2

Erklärung

von Senator **Peter Radunski** (Berlin)
zu **Punkt 1** der Tagesordnung

Die in der Stellungnahme des Bundesrates vom 20. Januar 1995 – BR-Drs. 1050/94 (Beschluß) – erhobene Forderung, die Mittel für die Kulturförderung deutlich zu erhöhen, ist nach Auffassung des Landes Berlin nicht in ausreichendem Maße erfüllt worden. Die im Bundeshaushalt ausgebrachten Ansätze reichen noch immer bei weitem nicht aus, den Bestand der kulturellen Einrichtungen von gesamtstaatlicher Bedeutung in allen Ländern zu sichern, die angestrebte regionale Ausgewogenheit zu verwirklichen und Einrichtungen von gleicher Bedeutung nach gleichen Maßstäben zu fördern.

Aufgrund der zu niedrigen Bemessung des Ansatzes für repräsentative Einrichtungen in Berlin ist von seiten des Bundes auch nicht hinreichend sichergestellt, daß die kulturelle Substanz der Hauptstadt Berlin in der Übergangszeit bis zum Umzug von Bundestag und Bundesregierung nach Berlin keinen Schaden nimmt.

(C)

(B)

(D)